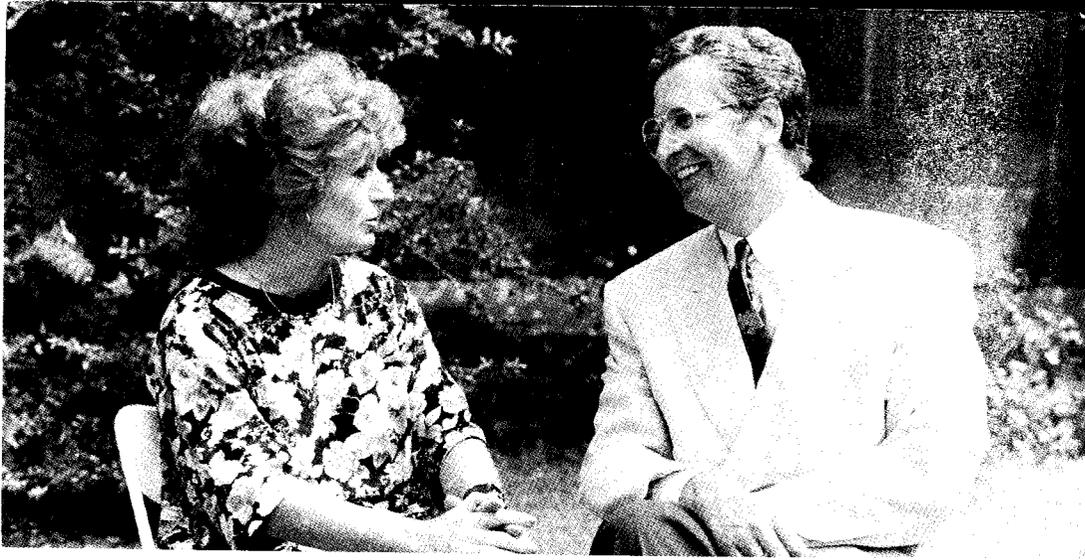




Gemeinsam für Bremen
**DAS SPD-
WAHLPROGRAMM
ZUR BÜRGER-
SCHAFTSWAHL**

A91-5565





Ilse Janz, Landesvorsitzende der SPD Bremen und Bürgermeister Klaus Wedemeier

A91-5565

Impressum :

SPD-Landesorganisation Bremen
Findorffstr. 108, 2800 Bremen 1
Verantwortlich: Henrik Marckhoff
Druck: Hausdruckerei

SPD-Wahlprogramm '91

beschlossen durch den
SPD-Landesparteitag am 7. Juni 1991

VORWORT

Wir alle wollen gesellschaftlichen Wohlstand, wir wollen Arbeit und Einkommen. Wir alle wollen aber auch, daß wir uns erholen, daß unsere Kinder spielen, daß wir gesunde Luft atmen können.

Umwelt und Arbeit, Ökonomie und Ökologie sind in einer intelligenten Großstadtpolitik kein Gegensatz mehr. Moderne Energiepolitik statt alter Dreckschleudern, verkehrsberuhigte Wohnstraßen statt neuer Auto-Trassen, sauberes Wasser statt gedankenloser Verschwendung. Das sind Schwerpunkte des SPD-Wahlprogramms zur Bürgerschaftswahl am 29. September.

Weitere: Gemeinsam, geschlossen und solidarisch kämpft die SPD gegen eine Spaltung unserer Gesellschaft in Gewinner und Verlierer, in Erfolgreiche und Ausgegrenzte. Ziel unserer Politik ist es, Menschen zusammenzuführen. Wir wollen keine Gleichmacherei, aber eine solidarische Gesellschaft, die sozialen Frieden und persönliche Freiheit dauerhaft sichert.

Wir wissen: Solchen Worten müssen Taten folgen. Wir versprechen: Eine Politik der Verantwortung mit Augenmaß und Sachverstand.

Daß wir außerdem auch kämpfen können, zeigen unsere finanzpolitischen Erfolge. Das erste Verfassungsgerichtsurteil hat uns einen deutlichen Schritt nach vorn gebracht. Wir werden auch den zweiten schaffen. Mit einem eigenen notwendigen Sparbeitrag und zusätzlicher Finanzausstattung werden wir - das ist meine feste Überzeugung - Bremen wieder in ruhigeres finanzpolitisches Fahrwasser bringen.

Gewiß, nicht alles werden wir sofort erreichen. Aber wir stehen für eine ehrliche Politik: Für ein selbstbewußtes Bremen in Deutschland, für eine umfassende Wohnungsbaupolitik zu bezahlbaren Mieten. Für beste Bildungschancen und für mehr Kindergartenplätze. Für konsequenten Umweltschutz. Für echte Frauenförderung.

Diesen Zielen fühlen wir uns verpflichtet.

**Verantwortung
für unser Land.**

**Gemeinsam
für Bremen.**

**SPD-Wahlprogramm
zur Bürgerschaftswahl 1991**

INHALTS- VERZEICHNIS

| | Textziffer | Seite |
|---|-------------------|--------------|
| Politik für das Land Bremen | 1 - 10 | 7 |
| I. Für die Sicherung der Beschäftigung | 11 - 27 | 13 |
| Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit | 12 - 15 | 15 |
| Förderung zukunftsicherer Wirtschaftsstrukturen | 16 - 23 | 17 |
| Neue Ansätze | 24 - 27 | 23 |
| II. Für den Ausbau der sozialen Sicherung | 28 - 46 | 27 |
| Zukunft für Kinder und Jugendliche | 30 - 37 | 28 |
| Lebensqualität für ältere Mitbürger und Mitbürgerinnen | 38 | 35 |
| Menschen in schwierigen Lebens- situationen | 39 - 45 | 36 |
| Genügend Wohnungen zu bezahlbaren Mieten | 46 | 40 |

| | | | |
|-------------|--|----------------|-----------|
| III. | Für den ökologischen Umbau | 47 - 70 | 41 |
| | Zukunftsgerechte Energieversorgung ohne Atomstrom | 49 - 52 | 43 |
| | Ökologische Abfallwirtschaft | 53 - 57 | 45 |
| | Verkehrspolitik für die Zukunft | 58 - 64 | 49 |
| | Ökologische Stadtpolitik | 65 - 70 | 53 |
| IV. | Für die Entfaltung demokratischer Kultur | 71 - 90 | 57 |
| | Schutz vor Bedrohung und innerer Friede | 73 - 74 | 58 |
| | Gleichstellung der Frau | 75 | 61 |
| | Solidarisches Zusammenleben | 76 - 79 | 63 |
| | Förderung von Sport und Freizeit | 80 - 81 | 65 |
| | Förderung von Wissenschaft und Kultur | 82 - 90 | 67 |
| V. | Für ein selbständiges Land Bremen mit gesunden Finanzen | 91 - 95 | 72 |
| | Das Land Bremen - frei, kooperativ und solidarisch | 92 | 73 |
| | Gerechte Finanzausstattung und sorgfältige Ausgabenpolitik | 93 - 95 | 75 |

POLITIK FÜR DAS LAND BREMEN

1. Die neunziger Jahre sind durch einschneidende Veränderungen in der Welt und in Europa gekennzeichnet: Deutschland ist vereinigt und Europa wächst zusammen. Das **Land Bremen** ist - getragen vom Willen seiner Bevölkerung und verankert im Grundgesetz - Bestandteil der Bundesrepublik als förderalem System.

*Unser Platz
in Deutschland
und Europa*

In einem offenen und neu geordnetem Europa wollen wir unsere Aufgaben als Hafen- und Handelsplatz für die exportstärkste Nation wahrnehmen und unseren Beitrag zur Verbesserung der weltweit gefährdeten Lebensgrundlagen und zur Schonung der Umwelt eigenverantwortlich leisten.

Unsere politische Aufgabe in dem jetzt größeren Deutschland besteht darin, die demokratischen Traditionen des Zwei-Städte-Staates weiterzuentwickeln. Die Überschaubarkeit unserer beiden Städte, die politische Kultur und das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in die politische Kompetenz der Sozialdemokraten bilden ein gutes Fundament für eine humane Zukunft.

2. Geschichte und Gegenwart in Bremen und Bremerhaven sind geprägt durch **freiheitliche Traditionen** und das politische Engagement der Bevölkerung, durch soziale Verantwortung und liberalen Geist, durch **solidarisches Miteinander, Menschlichkeit und Toleranz**. Das Leben war immer sowohl durch Weltoffenheit als

auch durch die Überschaubarkeit der Verhältnisse gekennzeichnet. Bremen und Bremerhaven sind moderne Großstädte, in denen sich alle Möglichkeiten und Gefährdungen unserer Zeit widerspiegeln und in denen zugleich nachbarschaftliche Nähe und menschliche Zusammengehörigkeit das Leben angenehm machen.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben mit ihrer Politik im Lande Bremen in den vergangenen vierzig Jahren Standards geschaffen, die wir sichern wollen. Als Großstädte mit oberzentraler Funktion wollen wir diesen Ansprüchen an Bildungs-, Weiterbildungs-, Sozial- und Kulturangeboten weiterhin entsprechen. Bewußt stehen wir zu unseren demokratischen Traditionen und setzen uns für den Erhalt wichtiger Institutionen ein.

Wer Bremen und Bremerhaven attraktiv und lebensfähig erhalten will, muß die besonderen Elemente ihres gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens bewahren und ausbauen.

Vieles von dem, was für die Bürger und Bürgerinnen unseres Landes selbstverständlich ist, eine hohe Anzahl an Sozialwohnungen und Wohneigentum, eine grüne Stadt inmitten von naturgeschützten Erholungsräumen, eine sich erholende Wirtschaft mit zukunftsträchtigen Unternehmen, moderne Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen und soziales Engagement der Menschen und der Politik, all dies macht unsere Städte für Menschen von außen zu etwas besonderem: **der Charakter unserer beiden Städte erhält sie anziehend und lebenswert.**

*Selbständig und
selbstbewußt*

3. Die Garantie von Grundrechten und der **Föderalismus** sind zwei politisch gewollte Bollwerke gegen undemokratische Entwicklungen einer "Großmacht Deutschland". Der Aufbau der Bundesrepublik als Gemeinschaft von Ländern öffnet den zentralen Staat für das Engage-

ment von Bürgern und Bürgerinnen in den Regionen. Wir treten weiter dafür ein, daß Bremen ein selbständiges Land der Bundesrepublik bleibt. Eine Neuordnung der Länder über die Köpfe der Bevölkerung ist nicht möglich. Diese Verfassungsposition hat der Bundesrat auf Anregung von Bürgermeister Klaus Wedemeier am 24. August 1990 mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit erneut bestätigt.

4. Die politisch gewollte Länderstruktur der Bundesrepublik muß durch eine **gerechte Finanzordnung** abgesichert werden. Eine solche Finanzordnung muß den Aufgaben der Stadtstaaten ebenso gerecht werden wie den großen Problemen, vor denen die neuen Länder stehen.

5. Bremen ist trotz aller Sparbemühungen in einer schwierigen Finanzlage. Die **Probleme bei den Staatsfinanzen** stehen in einem Gegensatz zu dem gesellschaftlichen Leben in unseren Städten. Es laufen Prozesse der wirtschaftlichen Umstrukturierung. Gleichwohl gilt: Wir leben weder im "Armenhaus der Republik" noch in einer niedergehenden Region Europas.

Aber von den in Bremen erwirtschafteten 7 Milliarden Mark an Steuern sind uns 1988 trotz unserer bundesweiten Sonderaufgaben und unserer überregionalen Funktionen netto nur gut die Hälfte (3,9 Milliarden) als Einnahmen verblieben.

1970 wurde die Lohn- und Einkommenssteuer zugunsten der Wohnsitzgemeinden umverteilt - ca. 100.000 im Land Bremen beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen ihre Steuern in Niedersachsen.

Unsere Ausgaben (ohne Sozialhilfeausgaben und Zinslasten) sind geringer gestiegen als die anderer Länder

*Wir fordern
Finanzgerechtigkeit*

*Grundlegende
Neuverteilung
des Steuerauf-
kommens ist
notwendig.*

und Gemeinden - trotzdem befinden wir uns in einer tiefen Finanzkrise. Es ist klar, daß es ohne eine **Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern** und unter den Ländern keine Sanierung der bremischen Finanzen geben kann.

Bremen hat dies vor Gericht nachgewiesen und mit seiner Klage Recht bekommen. Der Bund hat sich seinen Verpflichtungen seitdem entzogen, so daß eine zweite Klage eingereicht werden mußte. Wir brauchen einen höheren Anteil von den in unserem Land erwirtschafteten Steuern und eine weitgehende Entschuldung durch den Bund als Ausgleich für die entgangene Gerechtigkeit.

*Unsere Schwerpunkte:
Arbeit und Wirtschaft,
soziale Sicherheit
und der ökologische
Umbau*

6. Es wird in Zukunft darauf ankommen, die auch weiterhin zu knappen öffentlichen Mittel gezielt zum Wohle des Landes Bremen einzusetzen. Wir werden auch **Umschichtungen im Haushalt** vornehmen, um unsere politischen Schwerpunkte umzusetzen.

Dies sind für die kommende Legislaturperiode:

- o Eine Stärkung von Beschäftigung und Wirtschaftskraft
- o Die Verbesserung der sozialen Sicherheit und der Versorgung der Bevölkerung
- o Der ökologische Umbau zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sowie
- o Die Förderung der demokratischen Kultur

Solcher Fortschritt für unser Land ist nur erreichbar, wenn sich immer mehr Bürger und Bürgerinnen engagieren und beteiligen. Gesellschaftliche Veränderungen können nicht allein durch staatliche Politik durchgesetzt

werden, sondern bedürfen der demokratischen **Interessenvertretung durch die Bevölkerung.**

7. Unsere Politik zur **Sicherung der Beschäftigung** ist ein Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Wir wollen die Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen verhindern.

*Neue Ansätze:
Ausstieg aus der
Rüstung -
Engagement im
Umweltschutz*

Wir werden durch unsere Politik auch weiterhin dafür sorgen, daß tausende von Arbeitsplätzen zusätzlich bereitstehen. Dazu werden wir ein integriertes regionalpolitisches Konzept entwickeln, das die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik zusammenführt. Wir werden durch neue Ansätze die Wirtschaftsstruktur verbessern, indem wir insbesondere

- o die Umstellung der Rüstungsproduktion auf die Herstellung sozial nützlicher Güter (Rüstungskonversion) fördern
- o unser Land zu einem Zentrum der Umweltschutzproduktion ausbauen
- o die Ansiedlung kleiner und mittlerer Unternehmen - besonders im Dienstleistungsbereich - vorrangig unterstützen und
- o die Häfen weiter modernisieren werden.

Wir werden unsere Anstrengungen auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik fortsetzen und die Maßnahmen der Qualifizierung und der Beschäftigung mit dem Ziel verknüpfen, qualifizierte Dauerarbeitsplätze in Bereichen des gesellschaftlichen Bedarfs zu schaffen.

Vorrang für soziale Gerechtigkeit

Unsere Politik - konsequent ökologie - orientiert

8. Unser Ziel bleibt eine **sozial gerechte Stadt**. Dies gilt für Bremen und Bremerhaven. Ein lebenswertes modernes Oberzentrum muß seine Integrationsfähigkeit immer wieder neu unter Beweis stellen. Niemand darf an den Rand gedrängt werden. Zu einer **Politik des Ausgleichs** gehört die Bereitschaft zum Konflikt. Bremische Sozialpolitik wird sich auch weiterhin gegen alle Bestrebungen wehren, egoistischen Motiven einzelner Gruppen nachzugeben. Gerade in Zeiten des Wandels bleibt die Erweiterung wie auch der Umbau unseres sozialen Netzes ein zentrales Anliegen.

9. Die Sicherung des Überlebens der Menschheit erfordert weltweit einen anderen Umgang mit der Natur und setzt ein neues ökologisches Denken voraus. **"Global denken - lokal Handeln"**, nach diesem Grundsatz wollen wir den ökologischen Umbau im Land Bremen mit aller Kraft weiter voranbringen. Wir vertreten eine **ökologische Stadt- und Landespolitik**, die sich an ganzheitlichen Ansätzen orientiert. Wir wollen die ökologischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Belange verstärkt in ihrem Zusammenhang sehen und sie in ein Gleichgewicht bringen. Wir werden diesen Weg auch gegen Widerstände fortsetzen.

Wir wollen für die Zukunft das Konzept einer **integrativen Städteplanung** fortentwickeln. Mit städtebaulichen Sanierungen, Verbesserungen des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur wollen wir dazu beitragen, daß sich die Lebensqualität in den Stadtteilen weiter verbessert. An unserer Politik des "Vorrangs für Bahn und Bus" halten wir fest, weil die "autogerechte Stadt" nicht das Leitbild der Zukunft sein kann.

Wir wollen das Konzept einer ökologischen Abfallwirtschaft weiter umsetzen, eine zukunftsgerechte Energieversorgung entwickeln und die Belastungen von Luft, Wasser und Boden drastisch verringern.

10. Wir werden uns weiterhin mit aller Kraft für die **Förderung der demokratischen Kultur** einsetzen. Die Direktwahl der Beiräte wird dem Engagement der Bürger und Bürgerinnen ein höheres Gewicht verleihen. Wir treten ein für weitere Schritte zur Umsetzung des Grundsatzes der Gleichstellung der Geschlechter. Wir wollen eine wirkliche Integration der bei uns lebenden Ausländer und wenden uns mit Entschiedenheit gegen Ausländer- und Rassenhaß. Die Förderung von Wissenschaft und Kultureinrichtungen sowie von Kulturinitiativen wollen wir in Zukunft ausweiten.

*Ständiges Gebot:
Mehr Demokratie
wagen*

I. FÜR DIE SICHERUNG DER BESCHÄFTIGUNG

11. Wir wollen uns mit dem gesellschaftlichen Skandal der Massenarbeitslosigkeit, von der unsere Region besonders betroffen ist, nicht abfinden. Wir kämpfen dafür, daß jeder Mensch die Möglichkeit zu einer dauerhaften Beschäftigung erhält. Die Marktwirtschaft ist in den vergangenen 15 Jahren aus sich selbst heraus zur Lö-

*Arbeit für alle
bleibt unser Ziel*

sung dieses Problems nicht in der Lage gewesen. Deshalb ist die Arbeitsmarktpolitik unseres Landes mit dem Ziel, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, uneingeschränkt fortzusetzen.

Eine gezielte staatliche Politik zur **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** ist nach wie vor erforderlich. Dies verlangt eine Fortsetzung unserer kreativen Arbeitsmarktpolitik. Wir brauchen eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen, die zukunftssicher sind, und die human gestaltet sowie sozial und ökologisch verträglich sein müssen.

Gleichzeitig dient die Politik zur Verbesserung der Wirtschaftsstrukturen dazu, zukunftsträchtige Beschäftigungsmöglichkeiten zu fördern. Wir wollen eine neue Politik,

- o die Beschäftigung und Qualifizierung verbindet;
- o die durch die Verknüpfung von Arbeit und Umwelt einen Beitrag zum ökologischen und sozialen Umbau der Industriegesellschaft leistet;
- o die der besonderen Förderung von Frauen dient.

Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit

12. Wir haben mit unseren Programmen zur **Förderung von Arbeit** dazu beigetragen, die Not von tausenden von Menschen zu lindern. Das Land Bremen wird seine eigenen Anstrengungen weiter verstärken und alle von außen bereitgestellten Mittel (Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit, Programme der EG) konsequent und kreativ nutzen. Wir wollen mit unseren Angeboten zur Arbeitsbeschaffung (ABM), Fortbildung, Umschulung und Erstausbildung dafür sorgen, daß die **Beschäftigung und Qualifizierung** von jährlich mehr als 12.000 Menschen möglich wird. Mit der Schaffung von Stellen für Stammkräfte haben wir einen ersten entscheidenden Schritt zur Stabilisierung von Initiativen zur Arbeitsbeschaffung getan. Wir werden weitere Stellen für Stammkräfte schaffen.

Programme für mehr Beschäftigung und Qualifizierung

Wir bleiben bei der Forderung an die Bundesregierung nach einer längeren Laufzeit von ABM-Stellen bis zu einem Zeitraum von 5 Jahren, damit sich wirkliche Berufs- und Lebensperspektiven ergeben. Die weitere sinnvolle Nutzung von ABM erfordert bei den Trägereinrichtungen die zusätzliche Beschäftigung von qualifiziertem Personal in Form eines "Anleiter-Programms".

Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung von arbeitsmarktpolitischen Schwerpunktsetzungen in gesellschaftlichen Bedarfsebenen wie z.B. im Bereich der Sozialen Dienste,

des Umwelt- und Naturschutzes, beim Recycling und zur Verbesserung der städtischen Infrastruktur.

Damit sie auch in Zukunft diese Aufgabe angemessen wahrnehmen können, werden wir sie weiterhin bedarfsgerecht fördern. Wir werden die Eigenmittel für das Bremer Programm "Arbeit und Qualifizierung" deutlich anheben.

*Gezielte Hilfen
für Benach-
teiligte*

13. Wir wollen **Langzeitarbeitslosen** besondere Hilfen für die Rückkehr in das Arbeitsleben bieten. Durch eine Verknüpfung unterschiedlicher Maßnahmen wie Arbeitsgelegenheit, Qualifizierung, betriebliche Praktika und Beratungen soll ein Weg von der zeitweiligen zu einer dauerhaften Beschäftigung ermöglicht werden. Wir werden darauf hinwirken, daß die Absolventinnen und Absolventen von Arbeitsförderungsmaßnahmen bei Neueinstellungen im öffentlichen und halböffentlichen Bereich berücksichtigt werden, und wir erwarten das auch von privaten Unternehmen.

*Motto:
Arbeit statt
Sozialhilfe*

14. Wir werden das Bremer Landesprogramm "**Beschäftigung statt Sozialhilfe**" ausweiten. In Zukunft sollen mindestens 1.200 Plätze für Empfänger von Sozialhilfe als Möglichkeit zur Beschäftigung und zur Qualifizierung zur Verfügung gestellt werden und für einen Teil soll die Förderung - bei gleichzeitiger Bereitstellung entsprechender Sachmittel - über ein Jahr hinaus ausgeweitet werden.

Das bewährte Programm "Qualifizierung von langfrist-arbeitslosen Sozialhilfeempfängern (IQL)" wird fortgeführt.

15. In Bremen und Bremerhaven gibt es viele kommunale, soziale und **örtliche Beschäftigungs-initiativen**. Sie schaffen Arbeits- und Qualifizierungsmöglichkeiten, tragen zur Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen bei und verbessern die Lebensqualität in der Region.

*Wir machen uns
stark für
Beschäftigungs-
initiativen*

Zuschüsse und zinsgünstige Darlehen für örtliche Beschäftigungsinitiativen waren die Grundlage für das Entstehen von Hunderten neuer Dauerarbeitsplätze. Wir wollen diesen Sektor durch einen Ausbau der Beratungsstruktur sowie durch die Unterstützung mit Know How weiter ausbauen und ihm den Zugang zu Mitteln der Wirtschaftsförderung (Kredithilfen, Investitionszuschüsse) ermöglichen.

Förderung zukunftsicherer Wirtschafts- strukturen

16. Die erfolgreichen Maßnahmen unserer Wirtschaftsstrukturpolitik und die konjunkturelle Entwicklung in Westdeutschland haben dazu geführt, daß sich die **wirtschaftliche Entwicklung in Bremen und Bremerhaven positiver** darstellt als noch vor Jahren.

Wichtige Bereiche der Industrie klagen kaum über Auftragsmangel. Die Zuwachsraten der Industrie liegen über dem Niveau vergangener Jahre. In einer solchen Situation besteht die Gefahr, daß die Mittel der staatlichen Wirtschaftspolitik wenig Wirkung entfalten und stattdessen sogenannte Mitnahmeeffekte dominieren. Wir können daher die Mittel der **Wirtschaftsförderung umschichten** und auf **Maßnahmen zur Strukturverbesserung** konzentrieren. Zu diesem Zweck werden wir das Wirtschaftspolitische Aktionsprogramm (WAP) neu strukturieren.

Der Umbau der Rüstungsproduktion zugunsten sozial nützlicher Güter (**Rüstungskonversion**), die Förderung von Innovationen im Umweltbereich und die Gestaltung unseres Landes zu einem Zentrum für Umwelttechnologie sowie die Unterstützung der Ansiedlung von Klein- und Mittelbetrieben werden im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen.

Dabei lassen wir uns leiten von unseren gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen einer sozialen, humanen und ökologischen Produktion sowie einer ausschließlich **friedlichen Nutzung von Wissenschaft und Technik**. Wir garantieren die Zukunft der Häfen im Lande Bremen.

Das WAP-Sonderprogramm Bremerhaven wird ungekürzt fortgesetzt. Vorrangiges Ziel bleibt dabei die Umstrukturierung und Weiterentwicklung des Fischereihafens zu einem Produktions- und Dienstleistungszentrum, die Förderung des Tourismus und der Ausbau von Forschung und Technologie.

17. Die Entwicklungsprobleme der Region Unterweser und damit auch die des Landes Bremen, sind durch privatwirtschaftliche und herkömmliche wirtschaftspolitische

Maßnahmen allein nicht zu lösen. Notwendig ist ein Regionalkonzept, das die Arbeitsmarktpolitik und die Wirtschaftsstrukturpolitik zusammenführt. Nur so wird uns die Erreichung unserer Ziele nach mehr Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Förderung des ökologischen Umbaus gelingen.

Wir werden in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Kräften ein solches Zukunftskonzept für die Entwicklung Bremens und Bremerhavens entwickeln. Dieses **regionalpolitische Zukunftskonzept** bedarf zu seiner Weiterentwicklung und Umsetzung der öffentlichen Diskussion mit allen gesellschaftlichen Gruppen von den Gewerkschaften und den Kammern bis zu den Umwelt- und Wohlfahrtsverbänden. Deshalb wollen wir die zentralen Themen der regionalen Strukturentwicklung wie die Arbeitsmarktpolitik, Qualifikationsentwicklung, Standort- und Strukturprobleme, Rüstungskonversion, Umweltschutz und Zukunftstechnologien etc. in Form öffentlicher Tagungen und Konferenzen zur Diskussion stellen und beraten lassen.

18. Als Folge der neuen Situation in Deutschland und in Europa besteht die Chance, daß sich unser Wunsch nach einer einschneidenden Abrüstung umsetzen läßt. Die von uns gewollte Verringerung von Ausgaben für militärische Beschaffungen sowie von Truppenstandorten kann für die Zahl der Arbeitsplätze im Land Bremen negative Folgen haben. Erforderlich sind Schritte zur **Umstellung der Rüstungsproduktion** auf die Herstellung sozial nützlicher Güter (Rüstungskonversion).

Die jetzt im Rüstungsgeschäft aktive Bremer Industrie hat das Know How für die Produktion von modernen, dem gesellschaftlichen Bedarf entsprechenden Waren und Dienstleistungen.

*Aus dem Ende
des Ost-West-
Konfliktes
Konsequenzen
ziehen*

Arbeitsplatzverluste werden sich nur dann vermeiden lassen, wenn die betroffenen Unternehmen rechtzeitig und konsequent umsteuern und der bisherige Bonner Auftraggeber seine Mittel für andere Aufträge bereitstellt und sie nicht ersatzlos streicht.

Wir werden in unserem Land einen Fonds zur Förderung der Rüstungskonversion und zur **Diversifizierung der Produktion** einrichten, der allein aber die zu erwartenden Probleme nicht wird lösen können. Der Bund ist gefordert, massive Beiträge zur Förderung der Rüstungskonversion zu leisten. Neben der Bereitstellung von Mitteln aus dem Verteidigungsetat ist hier z. B. an die Gründung eines Bundesinstituts für Rüstungskonversion zu denken. Für Bremen schlagen wir die Bildung eines mit Sachverständigen aus allen Bereichen der Gesellschaft zusammengesetzten **Konversionsbeirats** vor.

*Umwelttechnologie
zum Export -
Schlager machen*

19. Die Weiterentwicklung des Landes Bremen zu einem Zentrum der Umwelttechnologie wird neue Zukunftsperspektiven eröffnen. Über die Umstellung der Rüstungsproduktion, die Diversifizierung von Unternehmen und die Ansiedlung neuer Betriebe könnten die neuen Märkte für Umwelttechnologien bedient und damit Beiträge sowohl zur Umweltverbesserung als auch zur Beschäftigungssicherheit geleistet werden.

Wir wollen unsere Politik in diese Richtung fortsetzen und die Kräfte gebündelt einsetzen. Dazu gehören der Erhalt und die Ausweitung des **Umwelttechnologiefonds** für die gezielte Anwerbung von Umwelttechnologie-Betrieben und die Förderung der Umstrukturierung innerhalb bestehender Unternehmen ebenso wie die Fortsetzung der Unterstützung der Umweltforschung an den Hochschulen des Landes Bremen. Wir werden in Zukunft großen Wert auf den Einsatz vorhandener öffentlich beeinflusster Unternehmen zugunsten des Umweltschutzes (z. B. beim

Recycling) legen und bei Bedarf die Schaffung neuer Instrumente (z. B. zur Sanierung von Industriebrachen) vorantreiben.

20. Über die Förderung von Umwelttechnologien hinaus gibt es einen sinnvollen gesellschaftlichen Bedarf an anderen High-Tech-Produkten zur Erhöhung der Lebensqualität und zur Humanisierung der Arbeitswelt. Dabei denken wir beispielsweise an Produkte für das Gesundheitswesen und an Produkte und Verfahren zur Schaffung von humanen Arbeitsplätzen und Arbeitsmitteln. Für diese Produkte und Verfahren ist ein **wachsender Markt** zu verzeichnen, der für unser Land durch entsprechende Fördermaßnahmen zu erschließen ist.

*High-tech -
Bereiche
stärken*

Um vor allem der privaten Wirtschaft Anstöße in diese Richtung zu geben, wollen wir den **Technologiefonds** mit Hilfe eines Arbeits- und Technikprogramms auch zur Humanisierung des Arbeitslebens nutzen.

21. Die Verbesserung und Modernisierung der Wirtschaftsstruktur erfordert weitere Klein- und Mittelbetriebe. Ebenso werden wir den Bereich der privaten Dienstleistungen stärken, in dem Bestreben, das Land Bremen zu einem Dienstleistungszentrum auszubauen. Wir werden die bestehenden Fördermittel für die **Ansiedlung von kleinen und mittleren Betrieben sowie privaten Dienstleistungsunternehmen** konzentrieren. Dabei sind sowohl Mitnahmeeffekte bei ohnehin angestrebten Umsiedlungen innerhalb des Landes als auch ein übertriebener Flächenverbrauch zu vermeiden.

*Politik für
kleine und mittlere
Unternehmen*

22. Die wirtschaftliche Lebensfähigkeit Bremens und Bremerhavens, aber auch die Selbständigkeit sind eng

verknüpft mit den **Häfen des Landes**. Rund 90.000 Arbeitsplätze werden direkt oder indirekt durch die Häfen gesichert.

Durch den kommenden Binnenmarkt, durch die wirtschaftliche Öffnung des osteuropäischen Raumes, aber auch durch die Einheit Deutschlands werden sich die Handelsströme in kürzester Zeit neu orientieren. Die Güterverkehre und das Umschlagsaufkommen werden sich deutlich erhöhen. Wir werden die Debatte über die zukünftige Struktur der Häfen fortführen und erste Schritte zur Verstärkung der Häfen, wie z.B. die Verlängerung des Container-Terminals in Bremerhaven, sowie durch die neue Kaje im Holz- und Fabrikhafen in Bremen einleiten.

Beim Ausbau des Container-Terminals III und der damit notwendigerweise im Zusammenhang stehenden Weservertiefung ist sicherzustellen, daß die verkehrsmäßige Erschließung, der Lärmschutz und die erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen nicht zu Lasten des Bremerhavener Stadthaushalts gehen.

Wir werden die Neustädter Häfen und das angrenzende Güterverkehrszentrum mit den erforderlichen Mitteln vernünftig an den regionalen und überregionalen Verkehr anbinden und dabei insbesondere darauf achten, daß die angrenzenden Wohngebiete vom Verkehrslärm von und zu den Häfen entlastet werden.

Gemeinsam müssen Hafenwirtschaft, industrielle Anlieger und Politik die neue Hafenstruktur erarbeiten und auch über neue Nutzungen in alten Hafenrevieren nachdenken.

23. Die **Vergabe bremischer Mittel** an Unternehmen werden wir auch weiterhin **an bestimmte Kriterien** binden. Wir werden die Ansiedlung und den Verbleib von Unternehmen fördern, die

- o gesellschaftlich und ökologisch verträgliche Produkte herstellen und ebensolche Produktionsverfahren anwenden;
- o arbeits- und qualifikationsintensive Produktionsverfahren aufweisen;
- o das Betriebsverfassungsgesetz und die Tarifnormen beachten;
- o einen Frauenförderplan haben;
- o eine entsprechende Zahl an Ausbildungsplätzen anbieten;
- o keine Leiharbeiter beschäftigen und keine sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisse haben;
- o einen sparsamen Umgang mit Flächen nachweisen;
- o die eine Schaffung von Dauerarbeitsplätzen ermöglichen.

Neue Ansätze

24. Die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung bekommt eine immer stärkere Bedeutung in unserer Gesellschaft. Wir werden deshalb auch weiterhin und verstärkt solche Weiterbildungsstrukturen fördern, die zukunfts-

orientierte Qualifizierungsangebote entwickeln und umsetzen und dabei die neuesten technologischen und sozialen Entwicklungen einbeziehen. Entscheidend ist hierbei der enge Bezug zu den Entwicklungen von Arbeitsinhalten und -bedingungen in den Betrieben und Verwaltungen.

Insbesondere für die zunehmende Zahl der Langzeitarbeitslosen bzw. benachteiligten Personengruppen des Arbeitsmarktes sind auf der Basis der umfassenden Erfahrungen mit den verschiedenen Qualifizierungskonzepten neue Strategien zur **Verknüpfung von Qualifikation und Beschäftigung** zu entwickeln.

Von entscheidender Bedeutung ist jedoch auch, daß die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen finanziell besser gestellt werden. Hierzu werden wir uns im Bundestag dafür einsetzen, daß das Unterhaltsgeld für Teilnehmer und Teilnehmerinnen in Qualifizierungsmaßnahmen wieder deutlich höher angesetzt wird, als das Arbeitslosengeld bzw. die Arbeitslosenhilfe.

Um das Angebot an beruflicher Bildung im Lande Bremen transparent für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu machen, wird eine **"Bremer Bildungsdatenbank"** eingerichtet.

Für den Jugendbereich soll ein Lernverbund aufgebaut und als Modellversuch durchgeführt werden.

25. Wir neigen nicht dazu, die staatlichen Steuerungsmöglichkeiten der Wirtschaft zu überschätzen - schon gar nicht auf der regionalen Ebene. Tatsache ist aber, daß **der öffentliche Sektor selber ein erheblicher Wirtschaftsfaktor** ist. Wir wollen ihn gezielt zur Umsetzung

unseres Zukunftskonzepts einer sozialen und ökologischen Entwicklung einsetzen.

In diesem Sinne werden wir den öffentlichen Sektor, der die Unternehmen der öffentlichen Hand, die Betriebe mit öffentlicher Beteiligung, die Eigenbetriebe, den öffentlichen Dienst und eine Reihe weiterer Einrichtungen umfaßt, besser koordinieren und - wo nötig - ausbauen.

Für die Bereiche Umweltschutz und Stadtteilerneuerung sollen unter Einbeziehung bisheriger Angebote neue öffentliche, genossenschaftliche oder gemischtwirtschaftliche Unternehmen gegründet werden (oder neue Abteilungen in bestehenden Unternehmen), die besonders auf den Gebieten Recycling, Altlastenbeseitigung, Umweltberatung und Stadtteilerneuerung tätig sind und dabei die mit Mitteln der Arbeitsmarktpolitik geförderte Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung sowie Beschäftigung in neuen, zukunftsträchtigen Berufen mit der Schaffung von Dauerarbeitsplätzen verbinden.

Durch Beschlüsse der Bundesregierung kann es zu einer Streichung der Zuschüsse für die Bremer Verbraucherzentrale kommen. Wir setzen uns weiter für eine starke Verbraucherzentrale ein, die wie bisher in allen wichtigen Bereichen Verbraucheraufklärung anbietet und durchführt.

26. Die Beseitigung der Benachteiligung von **Frauen** bleibt eine zentrale Aufgabe. Es sollen öffentliche Mittel eingesetzt werden, um die Gründung von Unternehmen durch Frauen verstärkt zu fördern und die bestehenden Unternehmen zu veranlassen, vermehrt Arbeits- und Ausbildungsplätze für Frauen bereitzustellen. In allen Unternehmen und im öffentlichen Sektor sollen Frauenfördermaßnahmen eingeleitet werden. Wir wollen uns in besonderer Weise dafür einsetzen, Frauen die Rückkehr

*Verbesserte
Berufschancen
für Frauen*

in den Beruf zu erleichtern und werden insbesondere unser erfolgreiches Programm zur Reintegration von Berufsrückkehrerinnen konsequent fortführen.

Wir wollen mehr Frauen den Zugang zu Fortbildung und Umschulung ermöglichen. Hierfür ist es notwendig, ihren Lebensunterhalt zu sichern und die Lehrgänge frauengerecht auszugestalten, z.B. durch Kinderbetreuung. Zudem ist es notwendig, daß Frauen besser über die Angebote informiert und beraten werden.

*Mit der Verein-
barkeit von
Familie und Beruf
ernst machen*

27. Wir wollen eine Politik, die eine **Gleichberechtigung von Mann und Frau im Wirtschaftsleben** möglich macht. Das setzt eine grundlegende Veränderung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung voraus, d.h. eine Veränderung der Strukturen und Verhaltensweisen, die in Betrieben und Verwaltungen eine frauendiskriminierende Arbeitsorganisation und Personalpolitik zur Folge haben.

Gleichstellungspolitik muß also gezielt Einfluß nehmen, zum einen auf die Quantität und zum anderen auf die Struktur des Arbeitsplatzangebotes. Wir fordern daher, frauenpolitischen Sachverstand einzubeziehen, um eine gleichstellungsorientierte Ausrichtung der Wirtschaftsförderung zu gewährleisten.

II. FÜR DEN AUSBAU DER SOZIALEN SICHERUNG

28. Sozialpolitik ist nach sozialdemokratischem Verständnis präventiv gestaltende Gesellschaftspolitik. Dies verlangt entsprechende Bemühungen im Bund, im Land und in den beiden Kommunen Bremen und Bremerhaven. Dabei muß der Bund die Länder grundsätzlich in die Lage versetzen, die ihnen zufallenden Aufgaben sachgerecht zu erfüllen. Wir wollen eine Politik, die sich den bestehenden Defiziten zuwendet und sich auf die erkennbaren neuen Hilfebedarfe vorbereitet. Die Regelsatzreform in der Sozialhilfe ist nicht abgeschlossen. Wir setzen uns dafür ein, daß zumindest die bereits beschlossenen Reformschritte sofort umgesetzt werden.

*Das soziale Netz
sichern*

Weiterhin bleibt die integrierte, bedarfsorientierte **allgemeine Grundsicherung** eine zentrale Forderung bremischer Sozialpolitik im Bund. Auch die Ungerechtigkeiten des bestehenden **Familienlastenausgleichs** müssen beseitigt werden. Zur Sicherung der Familie gehört die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Daneben treten wir für eine bundesweite Pflegefallversicherung ein, um Menschen auch im Pflegefall ein Leben in sozialer Unabhängigkeit zu gewährleisten.

Mehr Hilfe zur Selbsthilfe

29. Die Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen hat zugenommen. Sie wird weiter wachsen. Umso wichtiger wird es, daß neue Angebote ebenso die notwendige Versorgung sichern, wie vor Entmündigung schützen. Uns geht es um die **Überwindung von Benachteiligung**, um die **Stärkung von Selbstbestimmung**.

Sozialpolitik lebt von der Mitwirkung ihrer Adressaten, und sie muß sich einmischen. Sozialpolitik im Land Bremen soll präventiv sein. Im Sinne dieser Zielsetzungen werden wir die Mittel für Selbsthilfegruppen deutlich erhöhen, weil sich die Stärkung der kleinen Einheiten, dort wo es möglich ist, als eine menschlich akzeptable Form der Hilfe erwiesen hat.

Zukunft für Kinder und Jugendliche

Bedarfsgerechte Kinder- betreuung

30. Die Mehrzahl der Familien hat heute nur noch ein Kind, und eine zunehmende Zahl von Kindern wächst mit nur einem Elternteil auf. **Kinder** brauchen zum Spielen andere Kinder, und für viele Erwachsene entsteht aus ganz unterschiedlichen Gründen ein erhöhter Bedarf an einer (zeitlich unterschiedlich begrenzten) Betreuung ihrer Kinder.

Wir wollen die Angebote sowohl für die Tagesbetreuung von Kindern als auch an flexibleren Betreuungsformen

ausbauen, um die Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erweitern.

31. Bei der zunehmenden allgemeinen Bedeutung familienergänzender Tagesbetreuungsmaßnahmen darf nicht vergessen werden, daß es eine Vielzahl von individuellen Notlagen von Kindern und Familien gibt, denen ebenso individuell zu begegnen ist. **Gewalt gegen Kinder**, nicht zuletzt auch im sexuellen Bereich, erfordert ein differenziertes Beratungs- und Hilfeangebot, bei dem nicht strafende Sanktionen, sondern die Unterbrechung des fortwirkenden Zusammenhangs von Gewalterfahrung und Gewaltausübung im Vordergrund steht.

Zunallererst das Wohl des Kindes

32. Es ist unser Ziel, die **Betreuung von 2000 Kindern unter 3 Jahren** bis 1995 zu gewährleisten und dazu eine Vielzahl kleinkindgerechter Formen (Tagesmütter, Krabbelgruppen, andere Angebote) zu fördern.

*Bis 1995:
2000 Kleinkind-
Plätze,
90% Kindergarten-
versorgung*

Wir halten fest an unseren Beschlüssen, stufenweise bis 1995 für **90% der Kinder von 3-6 Jahren** und 15% der Kinder von 6 bis 12 Jahren ein Betreuungsangebot zu erreichen. Sowohl eine verstärkte Einbeziehung der Eltern als auch die Öffnung der Kindergärten in die Stadtteile sind sinnvolle Schritte zu einer verbesserten Betreuung. Die Förderung von Eltern-Kind-Gruppen bleibt Bestandteil unserer Politik.

Zur Weiterentwicklung des Hortkonzeptes für 6 bis 12jährige gehört es auch, vermehrt Schulen in die Tagesbetreuung miteinzubeziehen. Zur Zeit wird an 6 Schulstandorten diese Form des Schulangebots erprobt. Die Kooperation zwischen Bildungs- und Jugendressort ist dafür eine unverzichtbare Voraussetzung.

Kinder im Alter von 12 bis 15 Jahren fallen bislang weitgehend aus dem öffentlichen Betreuungsangebot heraus. Ebenso wie alle anderen Altersgruppen benötigen sie jedoch eine altersspezifische Förderung, die die Betreuungslücke zwischen Hort und Jugendfreizeitheim schließt. Ein entsprechendes Angebot soll die Entwicklung der Kinder zu eigenverantwortlichen und sozialhandelnden Persönlichkeiten unterstützen und ist unter anderem auch geeignet, Drogenmißbrauch und Jugendkriminalität vorzubeugen.

Wir werden die erfolgreich begonnenen Ansätze zur gemeinsamen Erziehung von behinderten und nicht-behinderten Kindern fortführen und weiterhin ausbauen. Daneben werden wir uns außerdem um die Integration der Kinder von Neubürgern und Neubürgerinnen bemühen.

Schule -
zum Recht auf
Bildung kommen
Solidarität und
soziale
Verantwortung

33. Das bremische Schulsystem ist gekennzeichnet durch seine Offenheit und Flexibilität, die es jedem unserer Kinder ermöglicht, seiner individuellen Entwicklung entsprechend die Lernangebote wahrzunehmen. Diese Zielsetzung verfolgen wir, ohne auf die inhaltliche Leistungsfähigkeit unseres Schulsystems zu verzichten.

Kinder aller sozialen Schichten haben ein **Recht auf umfassende schulische Bildung**. Chancengleichheit ist daher die oberste Leitvorstellung. Dem entspricht unsere im bremischen Schulgesetz festgeschriebene Bildungspolitik für eine solidarische Gesellschaft.

Neuen sozialen und ökologischen Anforderungen werden wir entsprechen und die Schulen im Lande Bremen stufenweise auch zu ökologischen Lernorten weiterentwickeln - was eine schrittweise Veränderung der Lehrpläne unter ökologischen Gesichtspunkten einschließt.

Die gemeinsame Erziehung von Jungen und Mädchen ist für uns unverzichtbar - doch werden wir die inzwischen deutlich erkannten Probleme der koedukativen Schule aufarbeiten. Die Integration der Kinder von Aus- und Übersiedlern sowie von Ausländern gehört für uns zu den dringendsten Aufgaben der Schule.

Die inhaltliche Gestaltung der Schule wird durch eine volle Unterrichtsversorgung für die Schülerinnen und Schüler in den Schulen des Landes Bremen abgesichert. Dies gilt auch für die in den letzten Jahren eingeleiteten Maßnahmen der Weiterentwicklung des bremischen Schulwesens. Wir orientieren uns auch künftig an den Maßstäben und Erfordernissen einer bedarfsgerechten Lehrerversorgung.

Selbstverständlich ist für uns eine ausreichende Versorgung der Schulen mit Schulraum. Dies schließt ein, daß bis einschließlich Klasse 10 - außer den Fachräumen - jede Klasse einen eigenen Klassenraum besitzen muß. Auch eine bedarfsgerechte Lehr- und Lernmittelversorgung wird gesichert.

34. Angesichts der tiefgreifenden Veränderung der Lebensbedingungen der heranwachsenden Kindergeneration bleibt die **volle Halbtagsgrundschule** unser bildungspolitisches Ziel für unsere wohnortnahen Grundschulen. Die soziale Betreuung von Kindern wird über Modellversuche an Schulstandorten in sozialen Brennpunkten weiter gesichert. Weitere ganztägige Angebote für Kinder können beispielsweise auch durch neue Kooperationsformen von Schulen und Horten oder unter Beteiligung von Eltern erreicht werden.

*Prinzip:
Wohnortnähe
und überschaubare
Lerngruppen*

Generell wollen wir die Umgestaltung der Grundschule zu einer Lern- und Lebensumwelt für Kinder, in der sie in überschaubaren Lerngruppen arbeiten können. Lehrerinnen

nen und Lehrer werden bei der Weiterentwicklung dieser offeneren Lehr- und Lernformen unterstützt. Hierzu zählt auch die gezielte Förderung von Schulen mit einem hohen Ausländer- und Ausländerinnen-Anteilen - auch mit muttersprachlichem Angebot.

Wir wollen die Aussonderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder mit Hilfe der ambulanten sonderpädagogischer Förderung in den Grundschulen und durch Formen der Integration und Kooperation zwischen Grund- bzw. SEK-I- und Sonderschulen verhindern.

*Gesamtschulen -
die Nachfrage
bestätigt unseren
Kurs*

35. Die das Angebot weit übersteigenden Anmeldungen bei den **Gesamtschulen** und deren Unterstützung durch Elterninitiativen bestätigen die Richtigkeit unserer bildungspolitischen Leitidee.

Wir werden den Schulzentren die Möglichkeit geben, sich zu integrierten Systemen weiterzuentwickeln, um vielen Kindern eines Stadtteils durch verschiedene Kooperations- und Integrationsformen ein erreichbares Gesamtschulangebot bereitzustellen.

Alle Grund- und Sek-I-Schulen sollen sich als Teil eines Lebensraumes für die dort wohnende Bevölkerung verstehen und verstärkt den Stadtteil, die Umwelt, die Bewohner und Bewohnerinnen die Arbeit in den schulischen Bereich miteinbeziehen.

*Bildung und
Ausbildung für
die Anforderungen
von morgen*

36. An Schulen des SEK-I-Bereichs in sozialen Brennpunktbereichen wird ein **Nachmittagsangebot** in Zusammenarbeit mit Jugendfreizeitheimen und anderen Institutionen in diesen Stadtteilen ausgebaut.

Wir bieten den jungen Erwachsenen in den SEK-II-Schulen mit gymnasialen, beruflichen und doppelqualifizierenden

Bildungsangeboten umfassende Bildungschancen. Die stufenweise Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung bleibt unser Ziel.

Den Standorten der gymnasialen Oberstufe soll die Möglichkeit zur stärkeren regionalen Profilierung eingeräumt werden. Zur Stärkung der Wirtschaftskraft Bremens ist die volle Unterrichtsversorgung der beruflichen Schulen stufenweise zu realisieren. Für besondere Qualifikationsbedarfe sind weiterhin vollschulische berufliche Angebote vorzuhalten und neue Kooperationsformen mit den Ausbildungsbetrieben für überbetriebliche Ausbildung und in der Weiterbildung anzustreben.

Die Umgestaltung des gesamten Berufsbildungssystems im Rahmen der Neuordnung der Ausbildungsberufe werden wir weiterhin vorantreiben. Dazu zählt auch die Veränderung des fächerorientierten Unterrichts zu handlungsorientierten Lernformen und die Sicherung des Personaleinsatzes im fachpraktischen und handlungsorientierten Unterricht an beruflichen Schulen.

Die Auswirkungen der Reform des Hauptschulbildungsganges auf die beruflichen Schulen sollen aufgearbeitet werden. Für die Umwelterziehung und den Politik-, Deutsch- und Fremdsprachenunterricht an beruflichen Schulen werden neue Konzepte ausgearbeitet.

Auch die beruflichen Schulen werden weiterhin die berufliche Qualifizierung Benachteiligter durchführen, während die Erwachsenenschule für besondere Bevölkerungsgruppen die Chance zu bisher versäumten Bildungsabschlüssen eröffnet.

37. Unser Land muß der **Jugend** eine Zukunft bieten. Wir wollen übergreifende Kommunikations- und Begegnungsformen (z.B. Jugendfreizeitheime, Jugendtreffs) so-

wie Möglichkeiten für solidarisches Handeln zwischen Jugendlichen in unterschiedlichen Lebenslagen und zwischen den Generationen fördern. Dabei sollen die Jugendlichen unterstützt werden bei der Bewältigung ihres Alltags und befähigt werden, Lösungsansätze zu entwickeln.

Begegnungen zwischen den Angehörigen verschiedener sozialer Gruppen vollziehen sich aber nicht konfliktfrei. Wir wollen eine Kultur in Bremen, die auch den Streit zuläßt. Wir wollen eine Kultur, die Vielfalt akzeptiert und Freiräume eröffnet. Freiräume zu schaffen, heißt für uns, je nach unseren Möglichkeiten zu fördern oder zuzulassen, daß Jugendliche und junge Erwachsene diejenigen kulturellen Angebote und Formen der Freizeitgestaltung vorfinden und nutzen können, die ihren verschiedenen Lebensformen und Ausdrucksmöglichkeiten entsprechen. Eine solche Kultur trägt dazu bei, daß das Leben in Bremen und Bremerhaven und darüber hinaus für junge Menschen spannend und attraktiv ist.

Die Jugendverbände sollen vermehrt in die Gestaltung der kommunalen Jugendarbeit einbezogen werden. Ein Vernetzung der Aktivitäten soll der Jugend ein breitgefächertes Angebot im Sinne einer "Angebotsbörse" - Jugendliche für Jugendliche - eröffnen.

Wir unterstützen Jugendkulturinitiativen und Jugendtheater. Die Freizeitheime bleiben als Treffpunkte bestehen, und eine inhaltliche Auseinandersetzung über die offene Jugendarbeit werden wir ebenso unterstützen wie mädchenspezifische Angebote. So z.B. das Mädchentelefon und die Träger, die sich für die **Belange der Mädchen** einsetzen. Wir wollen die Aktivitäten für ein Mädchenhaus unterstützen.

Lebensqualität für ältere Mitbürger und Mitbürgerinnen

38. Wir unterstützen das Interesse und die Bestrebungen nach einem **selbstbestimmten Leben im Alter**. Wir begrüßen das vielfältige Engagement von älteren Mitbürgern und Mitbürgerinnen. Den in diesem Bereich zunehmenden Initiativen einer Abkehr von der Versorgungspolitik und einer Hinwendung zur aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auch im Alter, fühlen wir uns verbunden und wollen sie - insbesondere im Zusammenwirken und in aktiver Kooperation mit dem Seniorenbeirat - fördern und unterstützen.

*Alter -
nicht Absstellgleichis,
sondern Chance
zum selbstbestimm-
ten Leben*

Am Ende dieses Jahrzehnts werden ca. 30% aller Bürger und Bürgerinnen des Landes Bremen älter als 60 Jahre sein. Die bisher geschaffenen Einrichtungen und Hilfen zur Sicherung der **Lebensqualität für ältere Mitbürger und Mitbürgerinnen** bedürfen der weiteren wohnortnahen Ergänzung. Wir setzen uns ein für die Schaffung von altengerechtem Wohnraum in ausreichender Zahl, möchten über Möglichkeiten der Verbesserung vorhandenen Wohnraumes informieren und Modelle altengerechten Wohnens in Verbindung mit durchgängigen Hilfen erproben. In unseren Städten Bremen und Bremerhaven müssen angemessene Rehabilitationsangebote für ältere Menschen geschaffen werden. Auf den steigenden

Bedarf an Pflegeplätzen soll noch stadtteilnäher und dezentraler reagiert werden, wobei die Qualifizierung des Personals besondere Beachtung verdient.

Notwendig ist auch, daß geriatrische Leistungsangebot unserer Krankenhäuser neu zu konzipieren. Wir fordern die Übernahme von Pflegekosten durch Leistungen einer zu schaffenden Pflegepflichtversicherung.

Menschen in schwierigen Lebenssituationen

*Wir wollen stark
sein für alle
Schwachen*

39. Niemand kann sicher sein, von **Krisen und Notlagen** verschont zu bleiben. Die Bereitstellung von Hilfe in solchen Situationen ist die Stärke eines intakten Gemeinwesens. Dies gilt insbesondere bei Behinderung und besonderer Gefährdung. Stadtteilbezogene Hilfsangebote, wie Straffälligen- und Opferhilfe, müssen Ausgrenzungsmechanismen entgegenwirken.

*Für volle Teilhabe
von Behinderten*

40. Wir wollen eine **behindertenfreundliche Stadt**. Es muß Behinderten möglich sein, Veranstaltungsorte und Treffpunkte ebenso aufzusuchen wie Nicht-Behinderten. Wohnraum für Behinderte ist in bedarfsgerechter Form und in erforderlichem Umfang bereitzustellen. Auch Behinderte sollen in der Lage sein, ihre Bürgerrechte und -pflichten wie Nicht-Behinderte wahrzunehmen. Dazu gehört die Ausschöpfung der Behindertenquote in den

Betrieben und der öffentlichen Verwaltung und zwar primär durch Einrichtung von Arbeitsplätzen. Ausgleichszahlungen müssen sich auf Ausnahmefälle beschränken.

Ohne die Privatwirtschaft aus ihrer Verantwortung zu entlassen, wollen wir im öffentlichen Bereich mehr Plätze für Behinderte zur Verfügung stellen.

Wir fordern, daß langfristig alle Gebäude des öffentlichen Dienstes so eingerichtet werden, daß den Bedürfnissen von Behinderten Rechnung getragen wird.

Wir streben u.a. einen bedarfsgerechten Ausbau der Werkstatt Bremen an. Die individuelle Betreuung von Schwerstbehinderten ist zu optimieren und finanziell abzusichern. Die Unterstützung und Entlastung von pflegenden Angehörigen ist eines der vorrangigen Ziele.

41. In der **Drogenpolitik** wollen wir den mit dem Drogenhilfeplan eingeschlagenen Weg fortsetzen. Die Freiheit der Menschen von Drogen ist unser Ziel, kann aber nicht die Voraussetzung für die Gewährung von Hilfe sein. Gerade akut Abhängige sind aufgrund ihrer Krankheit nicht in der Lage, ihr Leben ohne solidarische Hilfe zu sichern.

*Drogen.
Hilfe für Betroffene.
Härte gegen Täter.*

Neben gesundheitlicher und sozialer Unterstützung ist auch die Bereitstellung von Unterkünften für Notfälle erforderlich. Die kombinierten Wohn- und Betreuungsangebote für ehemalige Drogenabhängige sollen ausgebaut werden.

Wir halten den medizinisch indizierten oder sozial notwendigen Einsatz von Methadon für einen wichtigen Schritt zur gesundheitlichen und sozialen Stabilisierung. Wir werden dezentrale Beratungs- und Hilfsangebote in weiteren Stadtteilen mit einer nennenswerten Drogenproblematik schaffen.

Wir werden die vorbeugenden Hilfen im Stadtteil, in der Schule und in den Jugendeinrichtungen verstärken.

Parallel zu vorbeugenden und helfenden Maßnahmen gegen den Drogenkonsum werden wir den **Kampf gegen den Drogenhandel** konsequent fortsetzen. Neben der unnachgiebigen Verfolgung und Ahndung des professionell organisierten Drogenhandels ist es zugleich unser Ziel, das Entstehen von offenen Dealerszenen zu verhindern. Nur durch ein solch zweigleisiges Verfahren kann den berechtigten Interessen der betroffenen Bevölkerung Rechnung getragen werden.

*Pflegenotstand.
Rote Karte für
Bonn*

42. Wir wollen unser **Gesundheitswesen** leistungsfähig erhalten und das breite Angebot gesundheitlicher Hilfen weiterentwickeln. Wir unterstützen die von Betroffenen, Ämtern und Instituten begonnenen Anstrengungen auf den Gebieten der Selbsthilfe und der Prävention.

Der bundesweite Pflegenotstand in den Krankenhäusern ist ein von der Bundesregierung zu verantwortender Skandal. Wir streben im Rahmen unserer Möglichkeiten und in Zusammenarbeit mit den Institutionen des Krankenhauswesens an, die Arbeitsbedingungen und die Qualifikationsmöglichkeiten in der **Krankenpflege** zu verbessern. Der Pflegeberuf muß die Verbesserung und gesellschaftliche Anerkennung erfahren, die er verdient. Die Finanzierung ist über die Krankenkassen zu sichern.

*Rettungsdienst
modernisieren,
weil Leben davon
abhängt!*

43. Schnelle Hilfe ist oft die Grundlage für vollständige Gesundung oder gar für das Überleben von Notfallpatienten. Deshalb werden wir den **Rettungsdienst** ausbauen und an aktuelle Erfordernisse anpassen. In der notwendigen landesrechtlichen Regelung für Rettungsdienst und Krankentransport wird deshalb eine Verbesserung

von Aus- und Fortbildung sowie eine Nachbesserung der Ausrüstung festgeschrieben. Es soll versucht werden, die Krankenkassen stärker an der Finanzierung der präklinischen Notfallversorgung zu beteiligen.

44. Wir haben in den vergangenen Jahren mit der **Modernisierung des Leistungsangebots unserer Krankenhäuser** und ihrer Sanierung begonnen. Dieses Programm wird fortgesetzt.

*Gesundheit.
Den Bremer
Vorsprung sichern*

Die Abstimmung zwischen den Krankenhäusern und den niedergelassenen Ärzten in der ambulanten Hilfe nach einem Krankenhausaufenthalt ist verbesserungsbedürftig. In einem ersten Schritt wollen wir für krebserkrankte Patienten und Patientinnen eine **Nachsorgeleitstelle** einrichten, die diese Verbindung herstellt.

In der **psychiatrischen Versorgung** soll das bundesweit anerkannte Bremer Modell fortgesetzt werden, das auf die weitgehende Verlagerung in den örtlichen Bereich unter Verantwortung der Gesundheitsämter und von Trägern der freien Wohlfahrtspflege setzt.

Die Bremer Linie der **liberalen Aids-Politik** muß fortgesetzt und die bestehende ambulante und stationäre Versorgung entsprechend dem zunehmenden Bedarf erweitert und gesichert werden.

45. Die von sachkundigen Ärztinnen, Therapeutinnen und Expertinnen aus anderen Gesundheitsberufen aufgebauten Projekte und Einrichtungen zur speziellen Hilfe für Frauen und Kinder unterstützen wir weiterhin, um diesen zu helfen, die Auswirkungen von physischer und psychischer Gewalt so zu verarbeiten, daß sie nicht daran zugrunde gehen oder für ihr ganzes Leben geschädigt bleiben.

*§218.
Ohne Wenn und
Aber für die
Fristzulassung*

Wir sind für die **Streichung des § 218** aus dem Strafgesetzbuch und treten bei der Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch für die Straffreiheit der betroffenen Frauen und der sie behandelnden Ärzte und Ärztinnen ein.

Genügend Wohnungen zu bezahlbaren Mieten

*Wir bauen
Wohnungen.
16000 bis zum
Jahr 2000.*

46. Bremen und Bremerhaven leiden, wie alle Großstädte, unter einem spürbaren Wohnraummangel, der zusammen mit der Mietgesetzgebung der Bundesregierung immer mehr Menschen in Schwierigkeiten bringt. Dagegen steht die Leistung des Senats, durch die Übernahme der circa 45.000 Wohnungen der ehemaligen Neue Heimat die größtmögliche Sicherheit für die betroffenen Mieter unter dem Dach der neugegründeten Gewoba geschaffen zu haben.

Bis zum Jahr 2000 müssen ca. 16.000 neue Wohnungen - davon möglichst 10.000 bis 1995 - entstehen, besonders im Bereich des von der Bundesregierung weitgehend liquidierten sozialen Wohnungsbaus. Schwerpunkt der Bautätigkeit in Bremen sollte die Erstellung von Geschoßwohnungen sein, da diese einen

vernünftigen Kompromiß zwischen aktuellem Bedarf, Anspruchsentwicklung und Flächenreserve darstellen.

Der unvermeidliche Flächenverbrauch soll u. a. durch die Lückenbebauung und flächensparende Bauweisen so gering wie möglich gehalten und das Bauen an humanen und ökologischen Maßstäben orientiert werden. Das Wohnungsangebot soll sich durch entsprechende Bauweise an wandelnde Lebensformen anpassen, um flexibel auf veränderte Bedarfe reagieren und damit zukünftig Leerstände vermeiden zu können. Die Strukturmerkmale der betroffenen Stadtteile sind bei der Auswahl von Gebieten ebenso zu berücksichtigen wie die Möglichkeiten der Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr.

III. FÜR DEN ÖKOLOGISCHEN UMBAU

47. Heute läßt sich nicht mehr bestreiten, daß die fortschreitende Zerstörung und **Vernichtung der Natur** die Überlebensfähigkeit der Menschheit insgesamt bedroht. Saubere Luft, sauberes Wasser und saubere Böden sind unabdingbare Lebensgrundlagen für Tiere, Pflanzen und den Menschen. Materieller Reichtum, der nicht wiedergutzumachende Schäden an unseren natürlichen Lebensgrundlagen anrichtet, ist unverantwortlich. Ein dem Ganzen verpflichtetes ökologisches Denken muß sehr schnell zum Maßstab des Handelns gemacht werden,

*Jetzt
ökologisch
erneuern!*

*Vorrang für die
Sicherung der
natürlichen
Lebensgrundlagen*

wenn die nachfolgenden Generationen noch eine Chance haben sollen. Wir müssen auch regionale Konzepte erarbeiten und umsetzen, damit globale Veränderungen eintreten.

Darum wollen wir den **ökologischen Umbau unseres Landes** gemeinsam mit den Bürgern und Bürgerinnen vorantreiben und so eine neue Lebensqualität für das Leben in Bremen und Bremerhaven entwickeln. Wir werden dazu u.a. entsprechende Foren durchführen und auch auf anderem Wege versuchen, Verbände, Vereine, Initiativen etc. in diesen Prozeß einzubeziehen.

48. Wir haben nur dann eine Chance, wenn wir in Zukunft die Wohn-, Lebens- und Arbeitsbedürfnisse der Menschen in unseren beiden Städten im Zusammenhang sehen und entsprechend versuchen, die Stadtteile so zu gestalten, daß sich gemeinsame Ansätze für Arbeiten, Wohnen und Freiraumgestaltung entwickeln können.

Wir werden **mit unseren Ressourcen wie Flächen sparsam umgehen** und vor allem auf die Nutzung von Industriebrachen und Baulücken setzen. Wir müssen Böden entsiegeln, Verkehrsräume neu gestalten und ökologische Bauweisen für Wohnen und Gewerbe einsetzen. Wir brauchen die Ausweisung weiterer Naturschutzgebiete, die Sanierung von Altstandorten und Altablagerungen sowie eine ökologisch ausgerichtete Energie-, Abfallwirtschafts- und Verkehrspolitik.

Nur so können wir einen Beitrag leisten z. B. zur Abwendung der Klimakatastrophe. Wir werden in den nächsten Jahren einen Plan zur Vermeidung von Kohlendioxid-Emissionen mit dem Ziel erarbeiten, **den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2005 um mindestens 30% zu verringern.**

Zukunftsgerechte Energie- versorgung ohne Atomstrom

49. Die SPD im Lande Bremen hat lange vor der Entstehung ökologischer Parteien und einer breiteren Umweltbewegung eindeutig Position **gegen den Einsatz der Kernenergie** bezogen; breite Zustimmung fanden wir dafür leider erst nach der bis heute nicht bewältigten Katastrophe von Tschernobyl.

*Reform-Eckpunkt
Umbau der
Energieversorgung*

Wir wollen eine Energieversorgung ohne Atomstrom und eine Verminderung der Luftschadstoffe bei gleichzeitig positiven Effekten für die Beschäftigung und die Wirtschaft im Lande Bremen. Der vom Senat eingesetzte Energiebeirat hat dazu einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vorgeschlagen, dessen konsequente Umsetzung unser Anliegen ist. Energieeinsparung, rationelle Energieversorgung und die Nutzung regenerativer Energiequellen sind die Eckpunkte unseres Konzepts. Mit dem **Bremischen Energiegesetz** sind die entsprechenden Weichen gestellt.

Die Gründung des Instituts für kommunale Energiepolitik ist ein überregional beachteter Beitrag zur kompetenten Durchsetzung unserer Ziele. Die energiepolitische Verant-

Energiesparen
fördern -
Verschwender
belasten

Trumpfkarte -
rationeller
Energieeinsatz

wortung wollen wir in Zukunft beim Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung konzentrieren.

50. Der wirksamste Hebel einer neuen Energiepolitik ist das konsequente **Einsparen von Energie** bei privaten Haushalten, im öffentlichen Sektor, bei den Unternehmen und im Transportsektor. Dazu bedarf es einer massiven Ausweitung der professionellen Beratung insbesondere durch die Stadtwerke. Sie müssen zu Dienstleistungsunternehmen umgewandelt werden, die Beratungsleistungen, Energiedienstleistungen und Sparprogramme in integrierten Angeboten für ihre Kunden zusammenfassen.

Wir wollen das Einsparen von Energie durch entsprechende Programme wie z.B. im Bereich der Wärmedämmung, der Wärmerückgewinnung oder besonders effektiver Energieumsetzungstechniken fördern. In besonderer Weise ist hier allerdings der Bund gefordert. Unser Energiesparprogramm in öffentlichen Gebäuden werden wir fortentwickeln. Außerdem müssen weitere Institutionen und Träger wie z.B. Wohnungsbaugesellschaften für eine gezielte Energieberatung und Einsparmaßnahmen gewonnen werden.

51. Kernbestandteil einer **rationellen Energieversorgung** ist für uns die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme (Kraft-Wärme-Kopplung). Wir wollen den Ausbau der Fernwärmeversorgung entscheidend vorantreiben: Sie muß Vorrang vor der Gasversorgung zu Heizungszwecken haben. Dazu müssen "Fernwärme-Vorranggebiete" formell ausgewiesen und dann auch innerhalb bestimmter Fristen bedient werden. Wohngebiete im Bereich von vorhandenen oder im Bau befindlichen Fernwärmeachsen wie z. B. im Bremer Osten (Hastedt, Hemelingen, Sebaldsbrück) sind zügig

und konsequent mit Fernwärme zu versorgen. Im Bremer Westen gilt es, die Planungen zügig umzusetzen.

52. Zum Einsatz von **regenerativen Energien** gehört für uns z.B. der eingeleitete Bau des Weserkraftwerkes (Nutzung der Wasserenergie) und die Produktion von Strom aus Windenergie (im unmittelbaren Umland). Wir wollen die Landesbauordnung so ändern, daß sie ökologisches Bauen fördert. Wir wollen die Entwicklung und Herstellung regenerativer Energieanlagen auch unter dem Aspekt der Sicherung von Arbeitsplätzen im Lande Bremen fördern.

*Weichenstellung,
z.B. Weser -
Kraftwerk*

An öffentlichen Gebäuden, vorrangig Schulen, sollen Anlagen alternativer Energieversorgung für Demonstrations- und Bildungszwecke erstellt werden.

Ökologische Abfallwirtschaft

53. Die Menschheit droht, an den von ihr produzierten Abfällen zu ersticken. Fast täglich erschrecken uns Meldungen über kaum reparierbare Vergiftungen der Umwelt. Alle müssen lernen, daß der zum Teil hochgiftige Rest- und Sondermüll nicht "aus der Welt" ist, wenn man ihn eingräbt, versenkt, in die Luft pustet oder schlichtweg "exportiert". Zu oft hat die bittere Rache z. B. in Form von Grundwasserverseuchungen oder Dioxinvergiftungen nicht einmal lange auf sich warten lassen.

*Abfall.
Vermeiden, ver-
werten - erst dann
entsorgen*

Wir Bremer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben schon sehr frühzeitig begonnen, eine ökologische Abfallwirtschaft zu konzipieren. Das ist ein Programm, daß nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann, sondern ein langfristiges politisches Vorhaben, weil nicht zuletzt auch die Beteiligung aller Bürger und Bürgerinnen gefordert ist.

Abfallvermeidung, Abfallverminderung und Wiederverwertung sowie Schadstoffreduzierung sind die wichtigsten Schritte. Sie sind die Säulen unserer Abfallwirtschaftspolitik. Die Behandlung des verbleibenden Restmülls muß auf eine möglichst umweltschonende Art und Weise geschehen. Für Regelungen in bezug auf die Produktion von Abfall und für Auflagen an die Verursacher (z.B. Vermeidungsgebote, Produktionsverbote oder Rücknahmeverpflichtungen) sowie bei der Kontrolle und Verfolgung von Umweltdelikten fordern wir einschneidende Maßnahmen des Bundes, der hier zuständig ist. Wir werden unser Konzept einer ökologischen Abfallwirtschaft für unser Land forciert weiter umsetzen.

*Bis 1997:
Getrenntsammlung
überall*

54. Das Engagement der Bürger und Bürgerinnen ist zunehmend gefordert. Wir wollen die bisherigen Ansätze der **getrennten Wertstoffsammlung** so ausweiten, daß es in der Stadt Bremen bis 1997 ein flächendeckendes Erfassungssystem für Wertstoffe und Restabfälle gibt. Bremerhaven entwickelt ebenfalls entsprechende Konzepte. Das Land Bremen wird in den öffentlichen Einrichtungen, insbesondere den Schulen, mit gutem Beispiel vorangehen.

Das System der Abfallberatung wird weiter verbessert, um eine höchstmögliche Recyclingquote zu erreichen und den Restmüll zu minimieren.

In den nächsten Jahren wollen wir die Sammlung des Problemmülls aus den privaten Haushalten intensivieren, ein **Schadstoffzentrallager** aufbauen und weitere Verwertungsstrategien für diesen Bereich entwickeln.

55. Der Recyclinghof Findorff war die Keimzelle einer innovativen Verwertungs politik. Weitere **Recyclinghöfe** und Annahmestellen sind hinzugekommen. Die Recyclinghöfe werden weiterhin - auch unter sich verändernden Schwerpunktsetzungen - fester Bestandteil unseres Abfallwirtschaftskonzeptes sein. Sie tragen zugleich zur Umsetzung unserer ökologisch und sozial flankierten arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen bei. Wir wollen das vorhandene System von Recyclinghöfen sichern und inhaltlich weiterentwickeln.

*Recyclinghöfe -
wie die Ökologie
Arbeitsplätze
schafft*

56. Die Verbrennung von Müll kann nur als Übergangstechnologie auf der Grundlage höchster technischer Standards akzeptiert werden.

*Das Ziel heißt:
Ausstieg aus der
Müllverbrennung*

Unser erklärtes Ziel ist die **Verringerung der Müllverbrennungskapazitäten** im Lande Bremen. Wir halten **die Schließung der technisch überholten Müllverbrennungsanlage in der Stadt Bremen im Jahre 1997 für notwendig**. Der Restmüll der Stadt Bremen wird in der Bremerhavener Müllbeseitigungsanlage verbrannt, die wir wie bisher auf dem neuesten Stand der Technik halten werden. Wir werden weitere Anstrengungen zur Reduzierung des dort zu verbrennenden bremischen Restmülls z.B. durch den Einsatz von Sortierungsanlagen unternehmen.

Gleichzeitig werden wir neueste Deponietechnologien einsetzen und nach Stoffen sortierte Monodeponielager aufbauen. Die Einrichtung von vier dezentralen Bau-

schuttaufbereitungsanlagen soll zur Entlastung der Deponieflächen beitragen.

Die Müllentsorgung ist ausschließlich Angelegenheit der Gemeinden selbst. Darum muß auch die Stadt Bremerhaven ihre Müllentsorgung für sich und für Dritte eigenständig lösen. Eine Ausweitung der Verbrennungskapazitäten der MBA wird ausgeschlossen. Für den im Rahmen freiwerdender Kapazitäten angelieferten Müll aus Bremen müssen die Verbrennungsrückstände (Schlacke, Schlämme) von der Stadt Bremen zurückgenommen werden.

Unser Abfallwirtschaftskonzept werden wir in enger Abstimmung mit Bremerhaven und mit den Umlandgemeinden weiterentwickeln, um insbesondere gemeinsame Strategien zur Aufbereitung und Wiederverwertung der Wertstoffe zu entwickeln.

Ziel all unserer Bemühungen ist es, die laufenden Diskussionen aufzugreifen und heute die Weichen für zukünftige Strukturen so zu stellen, daß der langfristige **Ausstieg aus der Müllverbrennung** möglich wird.

*Altlastfonds.
Für offene Rechnungen der
Vergangenheit*

57. Uns ist bewußt, daß wir bei den **Sonderabfällen** und den **Altlasten** teure Rechnungen für die Sünden der Vergangenheit und die Anwendung bestimmter Verfahren der Produktion zu zahlen haben.

Der für das Land Bremen unter privater Beteiligung gegründeten Sonderabfallberatungsgesellschaft kommt eine hohe Bedeutung zu.

Wir werden unseren Beitrag zur Problemlösung im regionalen Verbund ausbauen und die Ansiedlung von Firmen, die umweltverträgliche Anlagen und Verfahren zur Sonderabfallverarbeitung entwickeln, weiterhin fördern.

Die Kosten für die Altlastensanierung werden in den nächsten 20 Jahren Hunderte von Millionen Mark betragen. Wir werden den Versuch unternehmen, auf Landesebene gemeinsam mit der Wirtschaft einen Altlastenfonds einzurichten; ersatzweise muß eine Lösung über gesetzliche Regelungen erreicht werden.

Verkehrspolitik für die Zukunft

58. Viele Experten und selbst führende Manager von Automobilkonzernen haben erkannt und öffentlich erklärt, daß das Auto die Probleme des innerstädtischen Massenverkehrs in der Zukunft nicht wird lösen können. Die durch den Verkehr verursachten Umweltbelastungen, Gesundheitsschäden, Unfallfolgen und Kosten bedeuten Belastungen, die abzubauen sind und nicht erhöht werden können.

*Den Verkehrsinfarkt
bannen, die Mo-
bilität erhalten*

Wir wollen umsteuern vor allem durch die **Verlagerung des Gewerbeverkehrs auf die Schiene** (wie wir dies im Güterverkehrszentrum [GVZ] praktizieren), sowie durch die Stärkung und den **Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)** und die **Verringerung des PKW-Verkehrs**. Dabei ist es unser Bestreben, den ÖPNV durch entsprechende Angebote insbesondere auch für ältere Menschen und Behinderte attraktiv fortzuentwickeln.

Abschied von der autogerechten Stadt.

Versprochen: Der attraktive Nahverkehr kommt

59. Der "autogerechte" Ausbau der Stadt ist unrealistisch und bietet keine Perspektive für die Zukunft. Wir **verzichten auf zweifelhafte und kaum finanzierbare Großprojekte** wie z. B. den Bau einer Trasse Georg-Bitter-Straße/Beneckendorfallée oder den "Hemelinger Tunnel" in Bremen. Das Beispiel anderer Städte zeigt, daß eine Strategie des gleichzeitigen Ausbaus von Straßen und ÖPNV zum Scheitern verurteilt ist.

60. Wir werden unsere **Verkehrspolitik des Vorrangs für den ÖPNV** im Lande Bremen fortsetzen. Wir haben in unserem Parteitagbeschuß von 1990 festgeschrieben, daß die Verbesserung und der Ausbau des ÖPNV-Angebots sowie der Fuß- und Radwege Angelpunkte unserer Politik für die Verbesserung der Lebensqualität in den Städten unseres Landes sind. Wir wollen **weniger Lärm, Gestank und Unfälle**. Mit dem Ausbau des Radwegenetzes sollen Maßnahmen zur Beseitigung von Gefahrenpunkten, zur Bevorrechtigung des Fahrradverkehrs und zu seiner Vernetzung mit Auto, Bahn und ÖPNV verbunden werden.

Das Nahverkehrskonzept wird ergänzt durch die Einbeziehung der Weser und einen Innenstadtsservice mit umweltfreundlichen Minibussen von ausgewählten P & R-Plätzen aus.

Wir sind uns aber auch bewußt, daß wir für den Erfolg einer solchen Politik nicht nur ein Angebot umweltfreundlicher und leistungsfähigerer Verkehrsmöglichkeiten brauchen, sondern auch die Bereitschaft der Bürger und Bürgerinnen, dieses Angebot zu nutzen.

61. Wir werden deshalb die Planungen für die Verlängerung und den Bau der Straßenbahnlinien 4, 2 und 6 so weit vorantreiben, daß noch in der kommenden Wahl-

periode mit den Baumaßnahmen begonnen werden kann und dafür die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen.

62. Die bisherigen Planungen wollen wir durch Überlegungen zu möglichen weiteren Ausweitungen des bisherigen ÖPNV-Netzes im Stadtgebiet ergänzen. Es ist unser Ziel, den Fahrzeugpark der BSAG laufend auf umweltverträgliche Antriebsarten umzustellen und ihn alten- und behindertengerecht auszustatten. Wir wollen neue Anreize zum Kauf der Bremer Karte schaffen, eine drastische Verringerung der innerstädtischen Parkmöglichkeiten durchsetzen, das Park - und Ride-System an den Autobahnanschlußstellen und Einfallstraßen vorantreiben und die Planungen für ein City-Bahnnetz gemeinsam mit der Bundesbahn fortentwickeln.

*Statt City-Park-
Problemen große
P&R - Plätze*

63. Straßen und Plätze der Städte müssen weit mehr als bisher zu Aufenthalts- und Kommunikationsräumen für die Bürger und Bürgerinnen werden. Dazu sollen auch der **Rückbau, die Entsiegelung, eine veränderte Parkraumgestaltung und die weitere Begrünung** unserer Straßen dienen. Wir beabsichtigen die Einrichtung von weiteren fußgängerzonen-ähnlichen Straßenzügen. Die Verkehrsverhältnisse in den Wohnstraßen sind insbesondere auf die Bedürfnisse von Kindern und älteren Menschen zuzuschneiden. Die Einführung von **Tempo 30** auf innerstädtischen Wohnstraßen ist hierzu ein weiterer von uns vorgesehener Beitrag.

*Straßen und Plätze
zu Erlebnisräumen
machen*

Im engeren Bereich der Innenstadt ist aus zwingenden ökologischen und städtebaulichen Gründen eine drastische Verringerung des ruhenden und fließenden Verkehrs notwendig. Wir streben dazu die Reduzierung des Individualverkehrs in der Altstadt durch Schließung von Parkhäusern und der Einrichtung genereller Parkverbots-

Generalverkehrsplan. Gebündelter Sachverstand in ein Zukunftsprojekt.

zonen an. Anwohner erhalten ein Parkrecht über ein quartierbezogenes Plakettensystem. Auf geeigneten Parkanlagen werden Anteile für Kurzparker vorgehalten.

64. Eine verantwortliche Verkehrspolitik für die Zukunft muß mit anderen Politikfeldern wie der Energiepolitik, Stadtplanung, Wirtschaftspolitik und dem Wohnungsbau verzahnt werden. Entscheidungen in diesen Bereichen müssen unter Berücksichtigung ihrer verkehrlichen und sonstigen Auswirkungen beurteilt werden.

Der Ausbau von Straßen kann für die Zukunft nur noch die Ausnahme von der Regel sein und bedarf einer Begründung im Zusammenhang einer Gesamtverkehrsplanung, die auf der Basis von ökologischen, sozialen und ökonomischen Daten entwickelt werden muß. Wir brauchen dafür Untersuchungen und Konzepte, die in einen solchen Verkehrsplan münden. Wir werden einen **Bremer Verkehrsbeirat** einsetzen, der uns bei der Erarbeitung und Umsetzung von Vorschlägen für eine umfassende ökologische Verkehrsplanung berät.

Im Hinblick auf die oberzentrale Funktion besonders der Innenstadt und der daraus folgenden Sogwirkung auf die Außenbezirke und das Umland ist eine Verständigung über die zumutbare Belastung durch das Auto einerseits und über den zumutbaren Verzicht auf das Auto andererseits dringend notwendig. Dieses soll auch im Rahmen der verkehrsplanerischen Zusammenarbeit in einem Umlandverband geschehen.

Ökologische Stadtpolitik

65. Wir treten für eine neue ganzheitliche Betrachtungsweise in unserer Stadtentwicklungspolitik ein. Bisher war die Entwicklung unserer Städte einseitig von ökonomischen Bestimmungsfaktoren geprägt. Wir wollen mit unseren Vorstellungen von ökologischer Stadtentwicklung nicht neue Einseitigkeit zu Lasten anderer Aufgaben.

*Die Formeln unserer
Städteplanung:
Gleichgewicht, Aus-
gewogenheit und
Balance*

Wir wollen die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Anforderungen in unseren Städten in ihrer Wechselwirkung beurteilen und Konzepte für weitestgehend ausgewogene Strukturen entwickeln. Wir setzen uns für eine **soziale Balance** in unseren Städten ein, wollen gestaltend den sich immer stärker entwickelnden Polarisierungstendenzen einer "Zweidrittelgesellschaft" entgegenwirken und Bedingungen für eine gerechte Verteilung der Arbeit bei Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen schaffen.

66. Im Vordergrund einer stadtverträglichen Planung sollen daher dezentrale Entwicklungsmöglichkeiten und die Möglichkeit für kleinräumige Gestaltungsansätze stehen. Wir brauchen eine stärkere Durchmischung der verschiedenen Funktionen in unseren Stadtteilen. Umweltschonende und umwelterhaltende Produktionen ermöglichen andere städtebauliche Mischstrukturen.

*Arbeit und Wohnen
wieder verknüpfen*

Wir wollen eine **integrative Stadtplanung**, die vorhandene Mischgebiete durch Neustrukturierung lebenswert erhält und bei künftigen Ansiedlungen insbesondere die

*Gewässerschutz.
Wasser läßt uns
leben*

Funktionen von Arbeit und Wohnen, Kultur und Freizeit räumlich miteinander zu verknüpfen sucht.

67. Wir wollen eine **Verbesserung der Qualität unserer Gewässer**. Wir müssen uns gemeinsam mit Niedersachsen erheblich engagieren, um unsere Gewässer wieder zu intakten Lebensräumen für Pflanzen und Tiere zu entwickeln. Die Trinkwassergewinnung und auch das Baden müssen wieder möglich werden. Einer unserer Beiträge besteht in der möglichst beschleunigten Fortsetzung des Ausbaus unserer Kläranlagen.

Wir wollen in Bremerhaven die Gewässer-Ölunfallbekämpfung weiter ausbauen und zur Verringerung der von Schiffen ausgehenden Umweltbelastungen eine MARPOL-Entsorgungsstation für den Unterweserraum einrichten.

Der Wasserverbrauch insgesamt und insbesondere der industrielle Verbrauch von Grundwasser muß verringert werden. Wir werden deshalb u.a. auch solche Maßnahmen gezielt fördern, die der Installierung von Brauchwasserkreisläufen und Regenwassersammelanlagen in staatlichen, privaten und gewerblichen Bereichen dienen. Die Natur wurde zu lange als kostenloses Wirtschaftsgut betrachtet. Wir werden - abgestimmt mit Niedersachsen - eine Wasserentnahmegebühr erheben.

*Flächen sparen.
Für Bauen mit
der Natur*

68. Wir wollen sparsam mit unseren Flächen umgehen und alles daran setzen, den weiteren **Flächenverbrauch so gering wie möglich** zu halten. Vor der Nutzung weiterer Flächen für Wohnen und Gewerbe müssen alle Möglichkeiten der Innenentwicklung (Lückenbebauung, Erfassung aller erschlossenen bzw. baureifen Grundstücke) konsequent genutzt sowie Industriebrachen saniert und wiederverwendet werden. Es sollen Modelle für eine sozial und ökologisch akzeptable Zusammenführung von

Wohnen und Arbeiten in den Stadtteilen (Mischgebiete) entwickelt werden. Wir wollen den Einsatz umweltverträglicher und flächensparender ökologischer Bauweisen, die auch zur Verdichtung von bestehenden Gewerbegebieten beitragen können.

Die Sanierung der Böden und die Verringerung des Schadstoffeintrags sollen ergänzt werden um Maßnahmen zur **Flächenentsiegelung**, die zugleich der Wohnumfeldverbesserung dienen.

Wir wollen die gemeinsame Landesplanung mit Niedersachsen neu beleben und Fragen der **Schonung von Landschaftsräumen und Erholungsgebieten**, des Verkehrs, der Ansiedlung von Gewerbe und der Schaffung von Wohnraum gemeinsam mit unseren unmittelbaren Nachbargemeinden diskutieren.

69. In Umsetzung unserer Politik des sparsamen Flächenverbrauchs haben wir bei den unter **Naturschutz** gestellten Flächen eine Spitzenposition im bundesdeutschen Ländervergleich erreicht.

*Unser kleines
Land schreibt den
Naturschutz groß*

Wir wollen weitere Gebiete unter Naturschutz stellen. Dies gilt für das Niedervieland III, Teile des Blocklandes und des Werderlandes. In Bremerhaven werden wir das Vordeichgelände vor Weddewarden mit den Restwatten sowie den Weserportsee unter Naturschutz stellen. Zusätzlich wollen wir ein gesetzliches Instrumentarium schaffen, um wertvolle Biotoptypen in unserem Land zu erhalten. Außerdem werden wir Landschaftspläne für weitere Gebiete in Bremen erstellen.

Im Falle von Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft müssen nach dem Bremischen Naturschutzgesetz Ausgleichsflächen ausgewiesen werden, wobei nach unserer Auffassung ein Ausgleich innerhalb der betroffenen Stadtgebiete Vorrang haben soll.

*Wohnumfeld-
Verbesserungen
Grün vor der
Haustür*

70. Wir werden uns in Zukunft darum bemühen, neue Konzepte für die qualitative **Gestaltung der innerstädtischen Freiräume** zu entwickeln und umzusetzen. Sie sollen zur vielfältigen Nutzung durch die Menschen dienen und die Lebensqualität in den Städten erhöhen. Neben den bereits beschriebenen Ansätzen (z. B. Tempo 30, Entsiegelung) sind u.a. die Gestaltung von Grünflächen, die Begrünung von Gebäuden und die naturnahe Umgestaltung von Sport-, Spiel- und Erholungsflächen Beiträge zur **Verbesserung des Wohnumfeldes** in den Stadtteilen.

Wir haben in den letzten Jahren die bestehenden Kleingarten-Gebiete auch durch Bebauungspläne in ihrem Bestand gesichert. Dadurch bleiben die Gärten Freiräume vielfacher Aktivitäten und Erholung auch für die Öffentlichkeit. In den nächsten Jahren geht es uns um eine punktuelle Erweiterung bestehender Gebiete und den Weiterbau des ökologischen Versuchsgartens.

IV. FÜR DIE ENTFALTUNG DEMOKRATISCHER KULTUR

71. Wir bemühen uns um die **Weiterentwicklung der demokratischen Kultur**. Wir treten für das freiheitliche politische Klima in unserem Land ein. Uns kommt es darauf an, die Bürger und Bürgerinnen zu einem noch größerem Engagement für die Belange unserer Gemeinwesen zu gewinnen.

*Einladung zur
Mitsprache*

72. Wir wollen in Bremen und Bremerhaven auch in Zukunft ein offenes politisches Klima ohne staatliche Bevormundung mit gesellschaftlicher Vielfalt und Toleranz erhalten, in dem **Bürgernähe der Politik** und **Bürgerbeteiligung** gesichert sind.

*Bürgermeinung
gefragt -
nicht nur bei Wahlen*

Teilhabe an der Demokratie ist für uns mehr als nur die Stimmabgabe bei Wahlen. Demokratie lebt vom breiten Engagement der Bürger und Bürgerinnen, von ihrer aktiven Teilnahme an der Gestaltung der Gesellschaft. Daher wollen wir bei wichtigen Gesetzesinitiativen vor der parlamentarischen Beratung öffentliche Forumsveranstaltungen durchführen, damit Bürger und Bürgerinnen und insbesondere auch die interessierten Verbände, Vereine und Initiativen sich informieren und ihre Vorschläge ein-

bringen können. Vor dem Hintergrund der Verfassungsdiskussion auf Bundesebene halten wir eine Fortentwicklung und Modernisierung der Landesverfassung für geboten.

Wir haben unsere Landesverfassung dahin geändert, daß auch eine Minderheit der Abgeordneten die Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen beschließen kann. Wir sehen darin eine notwendige **Kontrollfunktion des Parlaments gegenüber Regierung und Verwaltung**. Die Verfahrensrechte der Untersuchungsausschüsse müssen im rechtsstaatlichen Sinne weiterentwickelt werden .

Schutz vor Bedrohung und innerer Frieden

*Wir bekennen uns
zum Schutz der
Bürger vor
Bedrohung und
Gewalt*

13. Die Lösung gesellschaftlicher Probleme und die Bewältigung ihrer Folgen können nicht der Polizei aufgebürdet werden. Hier ist die Politik gefordert.

Wir lehnen jede Einschränkung des Rechts auf öffentliche und friedliche Demonstrationen ab. Dieses Recht zu bewahren, gehört zu den wesentlichen Aufgaben einer demokratischen Polizei.

Schutz vor Bedrohung durch Kriminalität ist auch Lebensqualität. Unsere demokratische Gesellschaftsordnung hat insbesondere der Polizei den Auftrag über-

tragen, dafür zu sorgen, daß alle Menschen friedlich und unbehelligt miteinander leben können. Zur **Abwehr von Gefahren** für die öffentliche Sicherheit reichen die derzeitigen Befugnisse der Polizei aus. Eine Änderung des Polizeigesetzes, wie etwa die Einführung des sogenannten Todesschusses, lehnen wir ab. Allerdings werden wir eine Konkretisierung der Eingriffsbefugnisse der Polizei unter dem Gesichtspunkt der Fortentwicklung des Datenschutzes prüfen.

Um den Schutz der Bevölkerung vor Bedrohung sicherzustellen, werden wir insbesondere der **Gewalt- und Drogenkriminalität energisch entgegenzutreten**. Auch die **Bekämpfung der Wirtschafts- und Umweltstraftaten** sowie der Wohnungseinbrüche werden Schwerpunkte unseres sicherheitspolitischen Konzepts sein.

Wir haben daher der Polizei eine neue Führungsstruktur gegeben und werden sie - nach der erfolgten Modernisierung ihrer Ausrüstung - mit moderner Bürotechnik ausstatten, um für die Kriminalitätsbekämpfung ein Höchstmaß an Effektivität zu erreichen. Die Ausbildungszahlen bei der Polizei müssen sich auch künftig am Bedarf orientieren.

Erfolgreiche Polizeiarbeit bedarf der aktiven Mitarbeit der Bevölkerung. Diese wiederum ist nur erreichbar durch ein hohes Maß an Vertrauen und Bürgernähe. Wir werden der Erwartung der Bürger und Bürgerinnen nach verstärkter polizeilicher Präsenz vor Ort Rechnung tragen, dazu gehört,

- o daß die Bevölkerung wieder den "Schutzmann auf der Straße" sieht sowie außerdem
- o verstärkte Fuß- und Fahrradstreifen

- o Kontakte zu älteren Mitbürgern und Mitbürgerinnen in Begegnungs- und Altentagesstätten, unterstützt durch kriminalpolizeiliche Beratung
- o Kontakte zu Kindern in Kindergärten und Schulen, u.a. zu dem Thema Verkehrserziehung

Für die Arbeit des Verfassungsschutzes sind präzise gesetzliche Grundlagen notwendig. Der Umfang der Verarbeitung von Informationen muß auf der Grundlage des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts überprüft und konkretisiert werden. Die Trennung der Aufgabenstellung von Polizeibehörden und Verfassungsschutz ist strikt zu beachten.

*Grundsatz.
Die Verwaltung
dient dem Bürger-
nicht umgekehrt*

74. Die öffentliche Verwaltung ist kein Selbstzweck. Sie dient den Bürgern und Bürgerinnen und muß durchsichtig sein. Unter Berücksichtigung der Belange des Datenschutzes muß ein allgemeiner und wirkungsvoller Zugang zu Informationen der Verwaltung geschaffen werden. Besonders dringlich ist eine Verbesserung der Informationsrechte im Umweltbereich, damit drohende Umweltschäden frühzeitig erkannt und Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

Das Arbeitsleben darf von der Demokratisierung nicht ausgeschlossen werden. Wir werden dort, wo wir Verantwortung tragen, die **Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sichern** und wo nötig, stärken. Die Mitbestimmungsrechte nach dem Bremischen Personalvertretungsgesetz bleiben auch künftig unangetastet.

Bei der Einführung neuer Kommunikationstechniken in der bremischen Verwaltung gilt unser **besonderes Augenmerk dem Datenschutz**. Wir werden auch künftig Vorkehrungen treffen, die dem Schutz der Daten

Bürger und Bürgerinnen, sowie dem Arbeitnehmerdatenschutz gerecht werden.

Mit der Einführung **der Direktwahl der Beiräte** haben wir einen Schritt zur weiteren Demokratisierung getan und die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung verbessert. Die Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte der Beiräte sind erweitert worden. Wir werden dafür Sorge tragen, daß die bremischen Behörden die Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte der Beiräte beachten. Die öffentliche Rechtsberatung wollen wir erhalten.

Gleichstellung der Frau

75. Voraussetzung für die Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft ist die Gewährleistung ihres Selbstbestimmungsrechtes. Dies gilt nicht nur für die Entscheidung über Berufsperspektiven, sondern auch für private Belange. Wir sind für die Abschaffung des § 218 und treten bei der Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch für die Straffreiheit der betroffenen Frauen ein.

Bremen, das Land der Gleichstellung - daran halten wir fest

Eine gute berufliche Entfaltung ist nur möglich, wenn die privaten Lebensbedingungen im öffentlichen Sektor so flankiert werden, daß solidarisches Miteinander den überkommenen Rollenzuweisungen weicht. Wir verurteilen jegliches Verhalten, das Frauen beim Streben nach Gleichstellung behindert oder diskriminiert.

Das von uns verabschiedete Gesetz zur **Gleichstellung der Frauen** im öffentlichen Dienst ist eine wichtige

Grundlage für die Beseitigung der Benachteiligung von Frauen in einem Teilbereich des Erwerbslebens. Wir erwarten, daß auch private Arbeitgeber diesem Beispiel folgen und von sich aus Schritte zugunsten von Frauen einleiten.

Wir wünschen uns Frauenförderpläne und den Abschluß von entsprechenden Betriebsvereinbarungen in allen Betrieben und werden sie in den Unternehmen des öffentlichen Sektors durchsetzen.

Wir haben bei der Beschreibung der jeweiligen Politikfelder (z. B. im Rahmen der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik sowie im Gesundheitsbereich) schon auf besondere Maßnahmen zur Aufhebung der Benachteiligung von Frauen hingewiesen. Unsere Sensibilität beginnt in der eigenen Partei. Bei der Unterstützung des Engagements von Frauen in der Politik ist die SPD (Quotenregelung) selbst mit gutem Beispiel vorgegangen. Wir haben gelernt, daß die nach dem Grundgesetz festgeschriebene und bisher nicht realisierte Forderung der Gleichberechtigung nicht ohne Widerstände bleibt. Aber wir setzen bei der Verwirklichung der Rechte der Frauen auf unseren politischen Willen, auf Überzeugung durch das gute Beispiel und auf die Unterstützung durch Männer und Frauen als kritische Öffentlichkeit.

Solidarisches Zusammenleben

76. Unsere Politik gegenüber **ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen** wird von den Grundsätzen der Achtung der Menschenwürde, der Humanität, dem Schutz der Familie sowie den Erfahrungen der deutschen Geschichte bestimmt. Sie dient dem Schutz vor politischer Verfolgung und der Integration zur Wahrung des sozialen Friedens. In diesem Zusammenhang befürworten wir, daß Asylbewerber nach 6 Monaten arbeiten dürfen.

Wir lehnen eine Veränderung des **Grundrechts auf Asyl für politisch Verfolgte** (Art. 16 Grundgesetz) ab. Allerdings werden wir alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, den **Mißbrauch des Asylrechts zu verhindern**. Das gilt insbesondere dann, wenn das Grundrecht auf Asyl mißbraucht wird, um im Land Bremen mit Drogen zu handeln. Unserer humanitären Verpflichtung zur Aufnahme von Flüchtlingen dürfen wir uns grundsätzlich jedoch nicht entziehen.

Nach den Veränderungen in Osteuropa fordern wir die Streichung der privilegierenden Gesetzesregelungen für Flüchtlinge und Vertriebene deutscher Abstammung.

77. Wir fordern die gemeinsame Entwicklung einer menschlichen und realistischen Ausländerpolitik zwischen den Staaten Europas sowie zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Wir wollen die **Integration auf allen gesellschaftlichen Ebenen** vor allem für die Ausländer und Ausländerinnen, die seit langem bei uns leben.

*Zum Asylrecht
stehen wir.
Mißbrauch be-
kämpfen wir.*

Wir haben in Bremen einen weiteren Schritt zur Anerkennung der Rechte ausländischer Mitbürger und Mitbürgerinnen getan, indem wir ihnen die Teilnahme an den Wahlen für die Beiräte ermöglichen.

Wir fordern den Abbau der Bildungs- und Beschäftigungsbarrieren für die hier geborenen Kinder von Ausländerinnen und Ausländern. Wir wünschen ein Aufenthaltsrecht, das den Aufenthalt auch bei Arbeitslosigkeit und Krankheit nicht gefährdet.

*Keine neuen Mauern
zwischen Nord und
Süd, zwischen
arm und reich*

78. Auch in Bremen und Bremerhaven ist eine Zunahme von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu beobachten. Wir wehren uns gegen diese Erscheinungen und setzen dagegen **Humanität und Aufklärung**.

Die Zuwanderung von Menschen hat ihre Ursache weder in deren bösem Willen noch in unserem liberalen Recht, sondern in der wirtschaftlichen Übermacht und im relativen Wohlstand Westeuropas. Es wäre unmenschlich, riskant und zudem wenig aussichtsreich, auf die Wanderungsbewegungen mit dem Bau neuer Mauern der Unmenschlichkeit zu reagieren.

Wir wollen eine zukunftsorientierte und realistische Ausländerpolitik mitgestalten, die sich an folgenden Zielen orientiert:

- o Entwicklung einer Einwanderungs- und Asylpolitik, die zwischen Bund, Ländern und Gemeinden abzustimmen ist,
- o Koordinierung dieser Einwanderungspolitik mit den Nachbarstaaten.

*"Eine Welt" heißt
gemeinsame
Verantwortung*

79. Weit wichtiger sind jedoch grundlegende Veränderungen im Nord/Süd-Verhältnis, um langfristig die zentralen Ursachen der Flucht zu beseitigen:

- o wachsende Armut
- o zunehmende Umweltzerstörung und
- o permanente Menschenrechtsverletzungen.

Bremen wird wie bisher seine Politik der **solidarischen Entwicklungszusammenarbeit** gemeinsam mit Bürgerinitiativen und Nicht-Regierungsorganisationen fortsetzen. Die Unterstützung von Selbsthilfegruppen und Befreiungsbewegungen, die Förderung umweltgerechter Technologien und eine entsprechende Bildungsarbeit bei uns, wird erfolgreich vom "Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit" durchgeführt.

Wir sind stolz auf unseren - wenn auch bescheidenen - Beitrag, für den Bremen kürzlich von den Vereinten Nationen ausgezeichnet wurde. Andere Städte und Bundesländer folgen inzwischen Bremens Konzept der Zusammenarbeit mit den sogenannten Entwicklungsländern.

Förderung von Sport und Freizeit

80. Der **Sport** führt die Menschen in freiwilliger Art und Weise in eigenverantwortlichen Gemeinschaften zusammen und leistet dadurch einen herausragenden Beitrag zu einem harmonischen, gesellschaftlichen Zusammenle-

Die Freizeit braucht Platz und Plätze

ben und zur Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität. Die Sportstätten bieten Möglichkeiten der Begegnung und der Kommunikation über die Grenzen von Altersgruppen und gesellschaftlichen Schichten hinweg.

81. Bürgern und Bürgerinnen die Bewegungs- und Spielräume zu erhalten, neue zu schaffen oder den zeitgemäßen Notwendigkeiten anzupassen, ist das Ziel breitmischer Sportpolitik. **Räume für Bewegung, Spiel und Sport müssen im Wohnumfeld verfügbar bleiben** oder geschaffen werden. Programme mit Sportgelegenheiten müssen "verbaute Stadtbereiche" sanieren helfen.

Im Sportentwicklungsplan wollen wir mit Blick auf das Jahr 2000 dem Freizeitverhalten entsprechen und den wachsenden Anforderungen gerecht werden, die Kinder, Jugendliche aber auch ältere Mitbürger und Mitbürgerinnen im Wohnumfeld an Freizeitanlagen stellen. Dabei ist es sinnvoll, von einer möglichst mehrfachen Nutzung der Anlagen durch Schulen, Sportvereine und Verbände sowie anderen Interessengruppen auszugehen.

Bereits bestehende sportliche Großanlagen sind dabei in die Bedarfsermittlung und -deckung miteinzubeziehen.

Die **Förderung des Breiten- und Freizeitsports** sowie eines **nichtmanipulierten Leistungssports** gehören zu den wichtigsten Aufgaben und Zielen unserer Sportpolitik.

Förderung von Wissenschaft und Kultur

82. Die großen **Institutionen der Wissenschaft und der Kultur** - Hochschulen, Forschungsinstitute, Museen, Theater, Bibliotheken - wie auch die neuen kulturellen Zentren - sind wichtige Kristallisationspunkte des geistigen und künstlerischen Lebens unserer Städte. Von ihnen gehen Impulse aus, die für den gesellschaftlichen Wandel und dessen Bewältigung unabdingbar sind.

*Wissenschaft und
Kultur.
Frei, offen,
unabhängig.*

Ihre Arbeit dient gleichermaßen der technischen, sozialen, künstlerischen und ökologischen Innovation unseres Landes wie der Bewahrung humaner Werte und des Erbes von Aufklärung und Emanzipationsbewegungen.

Solche Einrichtungen können ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie überregionalen Standards entsprechen. Wir wollen ihre Leistungsfähigkeit erhalten und verbessern und werden trotz aller Finanzprobleme des Landes Bremen den **Anteil des Kulturetats** an den Gesamtausgaben in den nächsten Jahren **deutlich erhöhen**.

83. Wissenschaft kann sich nur entfalten, wenn sie frei ist, ihre Arbeitsfelder im Rahmen der universellen wissenschaftlichen Diskussionen zu wählen und zu gestalten. Sie kann nur wirksam werden, wenn sie ihre Erkenntnis globaler Entwicklungen und Zusammenhänge mit der Bearbeitung konkreter Probleme der Region verbindet. Dabei

*Bremer Forschung
Anerkannt und
leistungsstark*

sind Natur- und Ingenieurwissenschaften, und Geistes- und Gesellschaftswissenschaften gleich wichtig.

Die Bremer Universität und die Hochschulen in Bremen und Bremerhaven genießen bundesweite Anerkennung. Unsere Hochschulpolitik hat entscheidend dazu beigetragen, daß die **Einrichtungen der Wissenschaft** neben ihrer Ausbildungs- und Forschungsfunktion wichtige Beiträge zur Entwicklung der regionalen Infrastruktur und zur Unterstützung emanzipatorischer Tendenzen in der Gesellschaft leisten.

Der Hochschulausbau in Bremerhaven muß verstärkt fortgeführt werden.

*Impulse
Den Wissenschafts-
Transfer stärken*

84. Wir wollen die Grundausrüstung für die Forschung und die Lehre weiter verbessern, **die Kooperation zwischen Wissenschaft und Praxis** fördern und zu fächerübergreifenden Ansätzen ermuntern, um vor allem Beiträge zur Lösung folgender Probleme zu leisten:

- o ökologische und soziale Stadtentwicklung (Wohnen, Verkehr, Energie, Gesundheit)
- o Umbau der regionalen Wirtschaftsstruktur (Rüstungskonversion)
- o Arbeit und Technik (Humanisierung, Technikgestaltung)
- o Frauenforschung und Frauenförderung als Querschnittsaufgabe
- o Mitbestimmung und Partizipation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung

bedeutet auch die Verhinderung inhumaner Wissenschaft. Wir wollen keine Rüstungsforschung in Bremen und Bremerhaven und bitten die Hochschulen um die Einsetzung von Ethikkommissionen u. a. zur Bewertung von Aktivitäten auf dem Gebiet der genetischen Forschung.

85. Die **Massenmedien** Presse, Funk und Fernsehen haben eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung der Kultur. Sie tragen bei zur Unterhaltung und zur Information, sie sind gleichermaßen Ausdruck von Meinungsfreiheit wie Mechanismus zu deren Einschränkung. Sie bewirken Kontrolle der Macht und deren Verstärkung in einem. Die Pressekonzentration und die Kommerzialisierung der elektronischen Medien durch private Großkonzerne erfordern demokratische Gegengewichte.

*Freie Medien und
ein neuer Bürger-
Kanal*

Wir treten für den Vorrang des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems und für eine möglichst große Bürgernähe aller Medien ein. Wir sind für die **Selbständigkeit der Landesrundfunkanstalt "Radio Bremen"** und die **Absicherung des Bremer Regionalfernsehens**. In den nächsten Jahren soll ein **"Offener Kanal"** in Funk und Fernsehen erprobt werden, der Bürgern und Bürgerinnen sowie Initiativen die Sendung eigener Beiträge ermöglicht und sie bei deren Herstellung berät und unterstützt. Die Förderung der regionalen Filmkultur wird fortgesetzt.

86. Die allgemeine, berufliche, politische und kulturelle Weiterbildung muß zur vierten Säule des Bildungswesens ausgebaut werden. Wir werden in den nächsten Jahren ein **integriertes Weiterbildungskonzept** für Bremen und Bremerhaven entwickeln und dabei versuchen, unsere Angebote zielgerichtet unter Nutzung von Drittmitteln auszubauen. Schwerpunkte sollen sein:

*Weiterbildung.
Neue Anforderungen
verlangen neues
Lernen*

- o Möglichkeiten zum Erwerb von Schulabschlüssen durch Erwachsene
- o Angebote der Hochschulen zur wissenschaftlichen Weiterbildung
- o die Qualifizierungsoffensive zur Verbesserung der beruflichen Bildung
- o die Sicherung der politischen Bildung
- o der Bildungsurlaub als Einstieg in die Weiterbildung.

Wir wollen die Arbeit der **klassischen Einrichtungen der Volksbildung** (Stadtbibliothek, Musikschule, Volkshochschule) stabilisieren. Dazu planen wir den Einstieg in die **Schaffung eines modern ausgestatteten Zentrums** für diese Einrichtungen, deren Arbeitsmöglichkeiten sich dadurch wesentlich verbessern würden.

*Bremer Profil.
Markenzeichen
für die Kunst*

87. Die Leistungsfähigkeit der **großen Museen, der Theater und des Orchesters** muß gesichert und zur Entwicklung eines eigenen Profils genutzt werden. Die Museen sollen durch mehr eigene Anschaffungsmittel unabhängiger von den Interessen privater Förderer werden.

Langfristig wollen wir die Museumslandschaft Bremens um einen **Sammlungsschwerpunkt "Arbeit und Alltag"** ergänzen. Zu seiner Vorbereitung ist ein Konzept für diesen Ausstellungsbereich zu erarbeiten, sowie vom Untergang bedrohtes Sammlungsgut zu sichern. Das begrüßenswerte und dringend erforderliche Engagement von Mäzenen soll durch die Einrichtung eines **"Kulturfonds Bremen"** verstärkt werden.

88. Das **kulturelle Profil Bremens** ist durch den lebendigen Austausch und die gegenseitige Herausforderung geprägt, die die unterschiedlichen Angebote der Künstlerschaft sowie die Vielfalt der kulturellen Verhaltensweisen und Eigenaktivitäten aller Bürger und Bürgerinnen darstellen. Aus den Prozessen der Kunst und Kommunikation entsteht die demokratische Kultur, die es zu bewahren und zu entfalten gilt. Wir werden Künstlerinnen und Künstler zukünftig in größerem Maße als bisher unterstützen, da sie ohne ein bestimmtes Maß an öffentlicher Förderung häufig nicht arbeiten und leben können.

*Nicht kultureller
Vormund, sondern
Garant für
Vielfalt sein*

Dabei soll insbesondere die Schaffung von Arbeits- und Ausstellungsräumen gefördert werden.

89. Wir wollen auch weiterhin die **Kulturarbeit in den Stadtteilen** stärken und sie insbesondere in den Quartieren mit spürbaren gesellschaftlichen Widersprüchen fördern, in denen der Bedarf an kulturellen Aktivitäten besonders hoch ist. Hierfür werden wir verstärkt Personal und Räume bereitstellen und dabei auch die Beratungs- und Förderangebote für Mitbürger und Mitbürgerinnen ausweiten.

*Wir fördern und
stärken Basis-
Kultur*

90. Architektur prägt den urbanen Charakter und ist mitentscheidend für die Identifikation der Bürger und Bürgerinnen mit ihrer Stadt und ihren Wohnquartieren. Wir werden die Erhaltung der historisch gewachsenen Bau- substanz, darunter auch der technischen Kulturdenkmäler, stärker unterstützen und die Qualität der **Stadt- bildgestaltung** erhöhen.

*Stadt- bild
Schützenswertes
Ver- mächtnis*

V. FÜREIN SELBSTÄNDIGES LAND BREMEN MIT GESUNDEN FINANZEN

*Unsere
Selbständigkeit.
Kapital für eine
bürgernahe Politik*

91. Für uns hat die **Selbständigkeit des Landes** mit seinen beiden Städten höchste politische Priorität. Diese Selbständigkeit hat es uns - getragen vom Vertrauen der Bevölkerung - immer ermöglicht, für die Menschen in Bremen und Bremerhaven Versorgungsstandards zu schaffen, die notwendig waren und sind, um den anerkannten Bedürfnissen unserer Bevölkerung gerecht zu werden.

Diese Selbständigkeit hat uns auch Gelegenheit gegeben, die Kraft des Landes und seiner Stadtgemeinde zusammenzufassen und beispielhaft gegen die Jugendarbeitslosigkeit und die Ausbildungsplatznot anzutreten und durch Landesprogramme vielen Arbeitslosen wieder eine Perspektive zu geben. Auch die Sicherung des Werftenverbundes und der Ausbau des Hochschulwesens waren nur möglich durch Entscheidungen eines selbständigen Landes.

Diese Freiheit war auch Voraussetzung dafür, eine neue Umweltpolitik einzuleiten: Wir verfügen z.B. heute über mehr als 1.100 ha Naturschutzfläche im Lande Bremen. 1980 waren es nur 6 ha. Und schließlich: Welches Flächenland kann sich so auf seine überregionalen Aufgaben konzentrieren, wie wir dies in langer Tradition für die Häfen getan haben - nicht zuletzt auch zum Wohl der gesamten Region.

Für eine solche Politik kluger bevölkerungsnaher Prioritätensetzung benötigt der Zweistädtestaat aber auch eine solide und faire Finanzausstattung. Für dieses Recht streiten wir jetzt zum zweiten Mal vor dem Verfassungsgericht.

Das Land Bremen - frei, kooperativ und solidarisch

92. Die Vereinigung mit der ehemaligen DDR hat zu einer grundlegend neuen Struktur des Föderalismus geführt. Einen Neuzuschnitt der Länder lehnen wir ab. Gerade die Vielfalt und unterschiedliche Größe der 16 Länder führt zur Stärkung des föderalen Elements und erstickt jeden Ansatz von Nationalismus und Großmachtwahn im Keim. Die **Erhaltung der staatlichen Existenz** bedeutet für Bremen nicht nur die Bewahrung des histo-

*Das macht uns stark.
Ein selbstbewusstes
Land im föderalen
Bundesstaat*

rischen Erbes, sondern sichert uns auch unsere Funktion als Hafen- und Außenhandelsstandort für die Gesamtrepublik.

Das Land Bremen ist nie eine Insel gewesen. Neben den traditionellen internationalen Verbindungen ist seit Mitte der 60er Jahre eine zunehmend engere Verflechtung mit dem Umland hinzugewachsen. Nach Überwindung des Wirtschaftseinbruchs der 80er Jahre wird es Zeit, auch die **Kooperation mit dem Umland und unserem Nachbarn Niedersachsen** auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Regierungen beider Länder tagen seit dem Regierungswechsel in Hannover mindestens zweimal jährlich gemeinsam. Sie erarbeiten die gemeinsamen Grundlagen für die Umwelt- und Versorgungspolitik, für die Verkehrspolitik, für die Krankenhausversorgung der Region und für die Wirtschaftspolitik.

Bremen wird mit seinen Umlandgemeinden eine Arbeitsgemeinschaft bilden, um Konflikte auszuräumen, um praktische grenzüberschreitende Projekte abzusprechen und umzusetzen.

Wir tun dies freiwillig. Eine solche Kooperation braucht uns nicht von einer fernen Landesregierung auferlegt zu werden.

Wir entziehen uns auch nicht unseren bundesstaatlichen Verpflichtungen.

Der Beitritt der fünf östlichen Länder wird in den nächsten Jahren auch das Land Bremen viel Geld kosten. Trotz eigener Haushaltsnotlage wollen wir uns dem notwendigen föderalen Beitrag ("bündisches Prinzip des Eintretens füreinander") nicht entziehen. Neben dem Verlust von Umsatzsteuereinnahmen müssen massive Einbußen bei den Mischfinanzierungen, aber auch bei direkt regional wirksamen Ausgaben aus dem Bundeshaushalt

hingegenommen werden. Wer wie wir die Einheit gewollt hat, muß dafür auch zahlen.

Daß wir im Gegensatz zu anderen **unser solidarisches Eintreten füreinander** ernst meinen, kann jeder, der es sehen will, leicht nachvollziehen: Die Hilfe Bremens für Rostock war und ist beispielhaft, schnell und unbürokratisch. Sie besteht nicht nur in finanzieller und materieller Hilfe, sondern ist nicht zuletzt getragen von persönlichem Engagement der Bürger und Bürgerinnen auch aus der - gelegentlich gescholtenen - Verwaltung, auch aus der - häufig verkannten - Universität.

Gerechte Finanzausstattung und sorgfältige Ausgabenpolitik

93. Eine eigenverantwortliche Politik hat nur dann eine faire Chance, wenn sie auch auf einer soliden finanziellen Grundlage steht. Wer das Märchen von der selbstverschuldeten Finanzkrise glaubt oder gar verbreitet, der sollte sich selbst die Frage beantworten, warum die erste und die zweite Klage Bremens gegen die Finanzverfassung vom Verfassungsgericht überhaupt zugelassen worden sind. Sicher nicht, weil die höchsten Richter der Republik davon überzeugt waren, daß die Finanznotlage selbst verschuldet ist.

Wir leisten, was wir können. Wir fordern, was uns zusteht!

Unsere Ausgaben stiegen seit 1980 trotz hoher Zinslasten und immenser Sozialausgaben nur um 33 %, die aller anderen Länder und Gemeinden dagegen um 44 %.

Wir haben das nur durch **eisernen Sparwillen** und durch eine konsequente **kritische Aufgabenplanung** und **politische Prioritätensetzung** erreicht - ohne dabei die Ausbildungsplatznot der Jugendlichen, die Umstrukturierung der verbliebenen Werften zu modernen Unternehmen, unsere Pflichten in der Hafenpolitik zu vergessen oder die Zukunftssicherung mit der Ansiedlung von Forschungsinstituten und dem Umbau der Universität zu vernachlässigen.

Eine solche **Politik klarer, sozialer und zukunftsorientierter Prioritätensetzung** wollen wir auch in der nächsten Wahlperiode fortsetzen.

*Unser Recht
durchsetzen:
Klarheit über
Finanzen schaffen*

94. Unsere **berechtigten Forderungen** an Bund und Länder, gestützt auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1986 sind:

- o Erhöhung der **Einwohnerwertung** von 135 auf 163 Punkte (Mehreinnahmen ca. 450 Mio. DM jährlich)
- o Erhöhung des Vorabausgleichs für die **Hafenlasten** von 90 Mio. DM auf 160 Mio. DM jährlich
- o Zahlung eines Ausgleichs für die **ungerechte Behandlung im Finanzausgleich** seit 1970 in Höhe von 7,5 Mrd. DM, ersatzweise Erhöhung der Zahlung wegen Haushaltsnotlage von 50 auf 400 Mio. DM jährlich.

Es ist zu erwarten, daß das zweite Finanzausgleichsurteil endgültig klarstellt, was Bremen in seiner Funktion als Stadtstaat zukünftig an Finanzausstattung zusteht. Insbesondere wegen dieser Unsicherheit, aber auch wegen der noch unbekanntenen Belastungen aus dem Vereinigungsprozeß, können **Schwerpunktsetzungen** erforderlich werden, die in einzelnen Punkten eine zeitliche Verschiebung der geplanten Maßnahmen notwendig machen.

95. Angesichts der Haushaltsnotlage erfordert die Existenzberechtigung des Landes Bremen eine glaubwürdige Finanzpolitik. **Glaubwürdigkeit** verlangt **Sparsamkeit** und wirtschaftlichen Umgang mit dem Steuergeld der Bürger und Bürgerinnen, aber auch das Bemühen um die Erhöhung der originären Steuerkraft des Landes.

Wirtschaftlichkeit bedeutet, daß die eingeleitete Vereinfachung und Automatisierung der Verwaltung intensiviert werden muß. Einen Beitrag dazu liefert auch die Ausgliederung von Dienstleistungsaufgaben der Verwaltung aus dem Haushalt durch die Errichtung von Eigenbetrieben.

Die Erhöhung der originären Steuerkraft Bremens setzt voraus, daß auch in Zukunft die **Investitionen**, die einen Rückfluß in Form von mehr Steuern erwarten lassen, Vorrang haben. Die Priorität der Bereiche Arbeit und Umwelt, Häfen und Wirtschaft darf andererseits nicht dazu führen, daß die Substanzerhaltung der kommunalen Einrichtungen vernachlässigt wird.

*Unser Programm
ist solide.
Wir versprechen
nur, was machbar
ist.*

Hinweis :

Für die Stadt Bremerhaven gilt - ergänzend zum vorstehenden Wahlprogramm der SPD-Landesorganisation Bremen - die für Bremerhaven konkretisierte "Wahlplattform Bremerhaven" des SPD-Unterbezirks Bremerhaven

Bibliothek der FES



1053848

